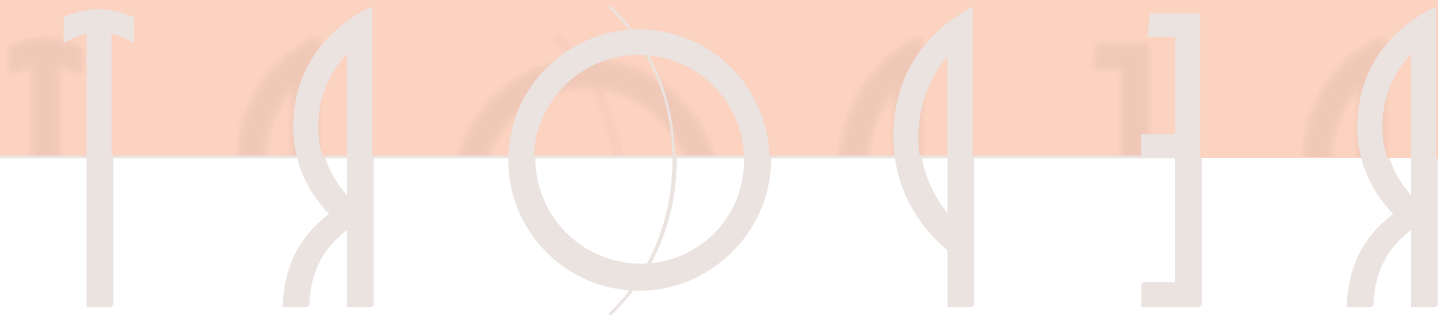


REPORT

**Starker Start
im neuen Jahr**

**Bank Austria
Creditanstalt**

Die Bank zum Erfolg.



Offenlegung nach §25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber:
 Bank Austria Creditanstalt AG, 1030 Wien,
 Vordere Zollamtsstraße 13, und 1010 Wien,
 Am Hof 2, Telefon 050505-0
Unternehmensgegenstand: Bank

Aufsichtsrat:
 Carlo Salvatori, Dr.
 Vorsitzender
 Deputy Chairman UniCredit Group
 Rudolf Humer
 Vorsitzender-Stellvertreter
 Vorstand, P Vermögensverwaltung AG

Mitglieder:
 Erich Becker, Dr.
 Generaldirektor a.D.
 Sergio Ermotti
 Head of Multinationals/Investment Banking
 Division UniCredit Group

Armin Gebhard Fehle, Prof. Dkfm.
 Kommunikationsberater
 Gerhard Mayr, Dipl.-Ing.
 M. B. A., Executive Vice-President a.D.
 Alessandro Profumo, Dr.
 Chief Executive Officer UniCredit Group

Franz Rauch, Direktor
 Veit Sorgen, Dr.
 Präsident der Vereinigung
 der Österreichischen Industrie

Wolfgang Sprißler, Dr.
 Sprecher des Vorstandes,
 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG

Vom Betriebsrat entsendet:
 Hedwig Fuhrmann
 Vorsitzende des Zentralbetriebsrates
 Wolfgang Heinzl
 1. stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates
 Adolf Lehner, Mag.
 2. stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates
 Emmerich Perl
 3. stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates
 Thomas Schlager
 4. stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates
 Heribert Kruschik
 Mitglied des Zentralbetriebsrates

Vorstand:
 Erich Hampel, Dr.
 Vorsitzender, Generaldirektor
 Willibald Cernko
 Vorstandsdirektor
 Stefan Ermisch
 Vorstandsdirektor
 Willi Hemetsberger, Mag.
 Vorstandsdirektor
 Regina Prehofer, DDr.
 Vorstandsdirektor
 Johann Strobl, Dr.
 Vorstandsdirektor
 Robert Zadrazil
 Vorstandsdirektor

Grundlegende Richtung: Nationale und internationale Wirtschaftsprognosen und Analysen

Editorial 3

Konjunktur

Österreich-Konjunktur 4

BA-CA Konjunkturindikator 6

Internationale Konjunktur 7

Zentral- und Osteuropa Konjunktur 8

Branche: Österreichs Bauwirtschaft 10

Finanzmarkt

Finanzmarkt Ausblick 13

Themen

EU-Binnenmarkt 14

Bankenmarkt Bosnien und Herzegowina 16

Tabellen

Österreich/International 20

Osteuropa 22

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Dr. Sándor Gardó Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Marianne Kager Leiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Walter Pudschedl Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Lisa Perrin Mitarbeiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Peter Rieger Repräsentant der Bank Austria Creditanstalt in Brüssel
 Bernhard Sinhuber Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Günter Wolf Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
 http://www.ba-ca.com
 E-Mail: economic.research@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen, Bernhard Sinhuber +43 (0) 50505 / DW 41964
 Produktion: Public Relations/Medien +43 (0) 50505 / DW 56141 (Bestellung)
 Redaktionsschluss: 15. März 2006
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, Faradaygasse 6, 1030 Wien
 Design & Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
 Titelfoto: Mauritius

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505 / DW 56148
 Fax: +43 (0) 50505 / DW 56945
 E-Mail: pub@ba-ca.com

Über die neuesten Publikationen zu Österreich und CEE informieren Sie die BA-CA EconomicNews.
 Die Anmeldung für den Gratisbezug des Newsletters kann direkt unter <http://economicresearch.ba-ca.com> vorgenommen werden.

Europa braucht Wachstum

Man soll sich vom zarten Pflänzchen einer temporären Konjunkturerholung nicht täuschen lassen: Europa braucht mehr Wachstum und das wird sich nicht herbeiführen lassen ohne ein radikales Umdenken in der vorherrschenden Wirtschaftspolitik, die zwischen nationalem Schrebergartendenken und Schulzuweisungen gegenüber Brüssel (wer/was ist Brüssel?) schwankt. Die Kluft zwischen politischer Rhetorik – zu Hause und anlässlich der europäischen Räte –, welche die „Knowledge society“ predigt, und der Realität von budgetären (Maastricht) und anderen nationalstaatlichen Prioritäten ist leicht erkennbar.

Welche sind die Probleme dieses Europas?

◆ Das Produktivitätswachstum ist ungenügend, der Abstand zu den USA hat sich seit 10 Jahren vergrößert; andere Länder holen gegenüber Europa seit mehr als einem Jahrzehnt deutlich auf.

◆ Europa ist „eingesperrt“ in unproduktive traditionelle Industriesektoren; es hat ein Industrieprofil mit einem geringen Anteil von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) intensiven Sektoren und ein strukturelles Handelsbilanzdefizit in der Hochtechnologiebranche.

◆ Europas Dienstleistungsindustrie hat im Vergleich zur USA einen sehr geringen F&E-Koeffizienten (0,2% zu 0,7% des BIP).

◆ Europa verliert an Forschungskompetenz: Ein Beispiel: Die führenden europäischen Pharmaunternehmen mit 100.000 F&E-Beschäftigten haben noch 1990 73% ihrer weltweiten F&E-Aufwendungen in Europa ausgegeben. Knapp ein Jahrzehnt später waren es nur mehr 59%. Der Hauptnutznießer dieses Trends: die USA.

Diese Produktivitäts-Herausforderung – um der zunehmend geringeren Wettbewerbsfähigkeit entgegenzusteuern – ist um so drastischer, wenn man bedenkt, dass Europa gleichzeitig auch die demographische Herausforderung einer rasch alternden Gesellschaft zu bewältigen hat.

Was tun, um diesen Trends entgegenzuwirken? Wie schafft man einen Markt für innovative Produkte und Dienstleistungen, d.h. ein Umfeld für jene Produkt- und Dienstleistungssegmente, die am Beginn ihres Produktzykluses stehen und somit auch hohe Produktivitätszuwächse erwarten lassen.

Hier ist u.a. die Forschungs- und Technologiepolitik gefordert! Programme und Ankündigungen (Lissabon-Agenda) ohne EU-weite bzw. nationale Umsetzungsschritte allein werden uns nicht weiterbringen. Angesichts der laufenden Diskussion über nationale und EU-weite Forschungspolitik (bzw. -Kompetenz, sic!) ein

paar grundsätzliche Überlegungen.

Besinnung auf Stärken, anstatt Nachahmung

◆ Es gibt eine Reihe von Segmenten, die in Zukunft ein hohes Innovations- und damit Produktivitätswachstum erwarten lassen und wo gleichzeitig der öffentliche Sektor eine entscheidende Rolle in der Nachfrage spielen kann. Beispiele dafür sind Pharmaindustrie, „E-health“, Transport und Logistik, Umwelt und alternative Energiequellen etc. Jedes dieser Segmente ist wichtig im Sinne von Wertschöpfung und Kostenersparnis, und würde Europa bei entsprechender Spezialisierung einen Forschungs- und Innovationsvorsprung ermöglichen.

◆ Beispiel: E-Health: E-Health ist nichts anderes als durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken die Administration des Gesundheitswesens (derzeit 7% der Gesamtkosten!) wesentlich effizienter und damit billiger zu gestalten.

◆ Beispiel Transport und Logistik: In diesem Wirtschaftssektor sind im EU-Durchschnitt 12% der Beschäftigten tätig und es werden 11% des BIP erstellt. Ein integrierter Ansatz, der alle Transportkosten (Luft, Straße, Bahn, Wasser) auf intelligente Weise „verlinkt“, würde nicht nur Kosten sparen, sondern auch die

Umwelt entlasten. Research-Kapazitäten (auch über die öffentliche Nachfrage) in diesen Sektor zu lenken, hätte nicht nur eine wirtschaftliche (Kosten), sondern auch eine sozioökonomische (Umwelt) Funktion, bei der Europa eine Vorreiterrolle übernehmen könnte.

◆ Ähnliches gilt für den Bereich Wasser und Abwasserentsorgung.

Damit aber Europa in diesen Bereichen eine Führungsrolle im Hinblick auf Innovation und Forschung erreicht, braucht man mehr als nur eine Willenserklärung über F&E-Kennziffern (Lissabon-Prozess). Man braucht den politischen Willen, zum einen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, zum anderen diese Ziele in alle Politikbereiche zu implementieren.

Europäische Forschungs- und Innovationspolitik wird erst dann erfolgreich sein, wenn man die nationalen Schrebergärten verlässt und gesamteuropäische Rahmenbedingungen schafft, die eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft sowie innerhalb der Wissenschaft (Universitäten/Forschungseinrichtungen) zulässt.



Warten auf breiteren Aufschwung

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2006 und 2007

Österreichs Wirtschaft startete sehr dynamisch ins neue Jahr, nachdem das Wachstum im vierten Quartal mit 0,7 % zum Vorquartal (2,8 % auf Jahresbasis) das mit Abstand höchste des Jahres 2005 war. Im Jahresdurchschnitt lag damit das Wirtschaftswachstum 2005 bei 1,9 %, aufgrund des sehr schwachen ersten Quartals damit einen halben Prozentpunkt unter dem Wert des Jahres 2004.

Die Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik im Jahresverlauf 2005 wurde im Wesentlichen durch die Industrie ausgelöst, wobei die Investitionen, aber vor allem die Exporte dafür verantwortlich waren. Die Konsumnachfrage konnte im Jahresverlauf keine zusätzliche Fahrt aufnehmen, war jedoch im Jahresdurchschnitt mit 1,4 % erkennbar dynamischer als 2004. 2006 sollte die umgekehrte Entwicklung bringen, Abschwächung bei der Auslandsnachfrage und Zunahme der Inlandsnachfrage, beides jedoch moderat, mit dem Ergebnis eines Wachstums von 2,4 %.

Internationales Umfeld – starke Exporte

Österreichs Industrie profitierte von der starken Auslandsnachfrage im zweiten Halbjahr 2005. Auch wenn das konjunkturelle Tempo in den wichtigsten Absatzmärk-

ten Österreichs im vierten Quartal deutlich langsamer verlief, so rutschte das Wachstum im Euroraum von 0,7 % im dritten auf 0,3 % im vierten Quartal, wobei besonders die schwache Entwicklung in unserem wichtigsten Absatzmarkt – Deutschland – dafür verantwortlich war, so blieb die Importdynamik dieser Länder sehr robust. So legten die Importe Deutschlands im Verlauf des zweiten Halbjahrs um 12 %, die italienischen um 10 % und die Schweizer Importe um 11 % zu. Dagegen stiegen die Importe der neuen EU-Mitglieder lediglich um 8 %, allerdings waren die Importe dieser Länder im ersten Halb-

jahr sehr dynamisch, so dass das Importniveau im Dezember 2005 um rund 20 % über dem von Dezember 2004 lag.

Österreich profitierte 2005 von starker Weltwirtschaft

Damit war der Anstieg sogar noch etwas stärker als die gesamten Importmärkte Österreichs (gewichtet nach dem Importvolumen) mit 16 %. Österreich konnte von dieser Entwicklung deutlich profitieren, auch wenn das Exportwachstum von lediglich 4,6 % im Jahresdurchschnitt 2005 im Vergleich zu den 13,9 % 2004 gering ausfiel. Allerdings müssen dabei statistische Sondereffekte (Ex- und Importe von Flugzeugen zu Reparaturzwecken) berücksichtigt werden. Ohne den

Ex- und Import von Flugzeugen lag das Exportwachstum 2005 bei 7,3 % (2004 12 %) und zudem kam es im vierten Quartal zu einer Beschleunigung auf 8 % (ohne Flugzeuge). Unbereinigt lag die Importdynamik genauso hoch wie die der Exporte, wobei jedoch ein Teil des starken Importanstieges auf den Preiseffekt beim Öl zurückzuführen war. Real konnten die Warenexporte mit 3,2 % deutlich stärker als die Importe zulegen (1,8 %). Da dies auch für die Dienstleistungen im Außenhandel galt (5,4 % bei Export und 1,7 % beim Import), lieferte die Auslandsnachfrage 2005 einen deutlich positiven Beitrag zum Wachstum. Die derzeitigen Vorlaufindikatoren

Konjunkturprognose Österreich

Reale Veränderung, in %	2002	2003	2004	2005	BA-CA Prognose März 2006	
					2006	2007
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,0	1,4	2,4	1,9	2,4 +	1,8 x
Privater Konsum	0,3	1,6	0,8	1,4	2,0 +	2,3 x
Bruttoanlageinvestitionen	-5,0	6,1	0,5	1,2	2,9 +	2,7 x
Ausrüstungsinvestitionen	-8,3	7,7	0,5	0,9	4,1 +	3,6 x
Bauinvestitionen	-2,3	4,8	0,5	1,5	2,0 =	2,0 x
Exporte im weiteren Sinn	3,5	2,3	9,0	3,8	3,9 -	3,0 x
Importe im weiteren Sinn	0,2	5,6	6,2	1,8	3,4 -	4,3 x
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	0,3	-0,5	0,3	0,6	0,5 =	0,4 x
Verbraucherpreisanstieg (%)	1,8	1,3	2,1	2,3	1,4 -	1,8 x
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,2	4,3	4,8	5,1	4,9 =	4,6 x
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,9	7,0	7,1	7,2	7,1 =	6,7 x

Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft/+ der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht/
- der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt/= gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung/
x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

lassen auch 2006 eine stärkere Export- als Importnachfrage erwarten, allerdings wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels aufgrund der zu erwartenden Beschleunigung der inländischen Konjunktur geringer werden. Wir erwarten nach 3,8 % realem Wachstum der Exporte von Waren und Dienstleistungen 2005 mit 3,9 % 2006 einen ähnlichen Wert. Für die Gesamtimporte erwarten wir jedoch eine Steigerung des Zuwachses von 1,8 % auf 3,4 %.

Investitionen legten erst gegen Jahresende zu

Die Investitionen entwickelten sich im Jahresdurchschnitt 2005 erneut sehr schwach, allerdings zeigte der Bau mit 1,5 % Wachstum eine höhere Dynamik als 2004 mit 0,5 %. Vor allem der Nichtwohnbau war mit 2,7 % deutlich dynamischer als der Wohnbau (-0,6 %). Insgesamt zeigte der Bau eine Zunahme der Dynamik im Jahresverlauf 2005, ab dem Sommer konnte sich das Wachstum verdoppeln und lag bei rund 3,5 % (annualisiert zum Vorquartal). Einen ähnlichen Verlauf nahmen auch die Ausrüstungsinvestitionen, allerdings mit einem Rückgang in den ersten zwei Quartalen und einer Stagnation im dritten, erst im vierten stieg das Wachstum spürbar auf rund 3 % (annualisiert zum Vorquartal). Vor allem Investitionen in Fahrzeuge waren sehr schwach. Dabei machten sich Vorzieheffekte der im Dezember 2004 ausgelaufenen Investitionsförderung bemerkbar, die in den ersten zwei Quartalen 2005 wesentlich zu den rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen beitrugen. Die Erholung im vierten Quartal

ist im Wesentlichen auf die starke Industriekonjunktur zurückzuführen. Wir rechnen daher auch in den ersten zwei Quartalen 2006 mit einer relativ starken Investitionstätigkeit, die im zweiten Halbjahr etwas abflachen wird. Im Jahresdurchschnitt werden die Ausrüstungsinvestitionen nach dem schwachen Wachstum von 0,9 % 2005 deutlich stärker zulegen – wir rechnen mit rund 4 %. Der Bau könnte ebenfalls noch etwas an Dynamik zulegen, bleibt allerdings deutlich hinter den Ausrüstungsinvestitionen zurück.

Kaum Belegung des Konsums im Verlauf von 2005

Erneut enttäuschend verlief die Konsumententwicklung 2005. Mit einem Wachstum von rund 1,5 % pro Quartal (annualisiert) und damit auch im Jahresdurchschnitt konnte zwar eine Steigerung gegenüber der Faststagnation 2004 mit 0,8 % erzielt werden, weiterhin liegt die Konsumdynamik jedoch unter dem Einkommenswachstum von rund 4 % und auch unter dem BIP-Wachstum. Dementsprechend legte die Sparquote 2005 erneut zu und stieg mit 9,3 % auf den höchsten Wert seit zehn Jahren. Dies zeigte sich auch an der sehr hohen Zunahme der Geldvermögensneubildung privater Haushalte, die mit 20,5 Mrd. Euro 2005 einen Rekordwert erreichte.

Der Einzelhandel musste sich dementsprechend auch 2005 mit einem realen Wachstum von lediglich 1,5 % (nach 1,6 % 2004) zufriedener geben. Das nominelle Wachstum lag mit 2,2 % nur

wenig über dem realen und bestätigt damit den weiterhin sehr starken Preisdruck in vielen Bereichen des Einzelhandels. Der Anstieg der Inflation um 2,3 % 2005 war im Wesentlichen durch den Anstieg bei den Mieten (inkl. Betriebskosten) und den Energiekosten verursacht. Produkte des Einzelhandels, Möbel, Bekleidung oder Elektronik zeigten keine Preissteigerungen. Diese Tendenz setzt sich auch zu Jahresbeginn 2006 fort. Im Jänner sanken etwa die Preise für Freizeit und Bildung um 0,3 % und für Bekleidung gar um 1,4 %. Die gesamte Inflation lag im Jänner daher bei lediglich 1,2 %. Auch wenn wir damit rechnen, dass sich diese Tendenz etwas korrigieren wird und die Inflationsrate, auch durch Zweitrundeneffekte des Ölpreisanstieges, wieder etwas steigen wird, wird im

Jahresdurchschnitt die Inflation 2006 bei lediglich 1,4 % liegen. Die günstige Entwicklung bei den Preisen und die ersten Ansätze einer Trendwende am Arbeitsmarkt, so sank die Arbeitslosenquote seit August 2005 von 7,4 % auf 7,2 % im Februar 2006 und die Beschäftigung steigt weiterhin relativ stark, sollten das Umfeld für den privaten Konsum 2006 günstiger gestalten als 2005. Dies wird auch durch die erkennbare Verbesserung der Konsumentenstimmung im Verlauf des zweiten Halbjahres und vor allem seit dem Jahreswechsel bestätigt. Trotz der bisherigen Enttäuschungen sollte der private Konsum 2006 doch nochmals etwas an Dynamik gewinnen. Wir erwarten nach den 1,4 % 2005 für heuer opti-

mistische 2,0 % mit steigender Dynamik im Jahresverlauf. Aufgrund der guten Realeinkommensentwicklung sollte trotz Anstieg des Konsums 2006 auch die Sparquote nochmals steigen.

Die Arbeitslosenquote erwarten wir für 2006 mit 7,1 % etwas niedriger als 2005, allerdings dürfte sie im Jahresverlauf noch stärker zurückgehen. 2007 gehen wir sogar von einem Rückgang auf 6,7 % aus. Der Beschäftigungsanstieg bleibt weiterhin sehr dynamisch, nach 1 % 2005 sollte 2006 ebenfalls rund 1 % möglich sein. Weiterhin bleibt ein Missmatch am Arbeitsmarkt zwischen (österreichischem) Angebot und Nachfrage.

Insgesamt zeigen die Indikatoren für das erste Halbjahr eine relativ dynamische Entwicklung der Industrie und Exporte für Österreich an. Die Risiken einer Enttäuschung scheinen gering zu sein, zumal die Inflation sinkt und der Arbeitsmarkt erste Zeichen der Erholung zeigt. Die Abschwächung der internationalen Konjunktur im weiteren Jahresverlauf birgt jedoch deutlich mehr Risiken, sowohl nach oben als auch nach unten. Dies bedeutet, dass die Risiken unserer Prognose eher für das Jahr 2007 gelten, während die Entwicklung 2006 relativ gesichert scheint. Wir sind in unserer Prognose daher für 2007 eher auf der pessimistischen Seite und erwarten einen Rückgang des Wachstums, der bereits im zweiten Quartal 2006 einsetzt. Dies gilt für die Auslandsnachfrage; die Inlandsnachfrage wird sich beschleunigen, jedoch zu wenig, um alles ausgleichen zu können. 2007 gehen wir daher von einem Rückgang des Wachstums von 2,4 % 2006 auf 1,8 % 2007 aus. ■

Konsum enttäuschte erneut, bessere Aussichten 2006

BA-CA Konjunkturindikator

Fulminanter Start ins neue Jahr

- ◆ **Wachstum im ersten Quartal könnte nochmals etwas höher sein**
- ◆ **Industrie bleibt stark durch Export**
- ◆ **Erstmals Hoffnung für privaten Konsum, Stimmung steigt**
- ◆ **Internationale Konjunktur wird im Verlauf von 2006 nachlassen**

Der Konjunkturindikator der Bank Austria Creditanstalt stieg im Jänner von 2,1 auf 2,7 und verzeichnete damit den stärksten Anstieg seit Herbst 2002. Zur anhaltend guten Stimmung in der Industrie kommen auch die Konsumenten in gute Laune. Die Stimmung bei den Konsumenten war auch hauptverantwortlich für den deutlichen

Anstieg des BA-CA Konjunkturindikators im Jänner 2006. Damit erlebte Österreich einen fulminanten Start ins neue Jahr. Seit mehr als fünf Jahren ist die Konsumentenstimmung nicht mehr so stark innerhalb eines Monats gestiegen. Auch wenn in den nächsten Monaten mit einer leichten Korrektur des starken Anstieges zu rechnen ist, wird sich dies sehr positiv auf das Wachstum im ersten Quartal ausgewirkt haben.

Gemeinsam mit der anhaltend guten Industrie- und Exportkonjunktur sollte die Kauflaune daher für ein beschleunigtes Wachstum im

ersten Quartal sorgen. Wir gehen davon aus, dass das Wachstum im ersten Quartal 2006 etwas über dem vierten Quartal 2005 liegen wird, dies bedeutet ein Wachstum von 0,8 % zum Vorquartal oder über 3 % auf Jahresbasis.

Allerdings erwarten wir, dass damit der vorläufige Höhepunkt im heurigen Wirtschaftswachstum erreicht wird. Obwohl wir damit rechnen, dass im Jahresverlauf der private Konsum noch an Dynamik gewinnen wird, dürfte die Auslandsnachfrage ihr Tempo nicht halten können. Und daher gehen wir davon aus, dass sich das Wachstum

ab dem zweiten Quartal im Quartalsvergleich wieder etwas verlangsamen wird, im Jahresvergleich werden die Wachstumsraten jedoch noch bis zum dritten Quartal bei rund 2,5 % bleiben. Trotz der abnehmenden Dynamik im Jahresverlauf sehen wir nach einem Wachstum von 1,9 % für 2005 heuer ein Wachstum von 2,4 %.

Die internationale Konjunktur, speziell im Euroraum, die für die Abschwächung im Jahresverlauf verantwortlich ist, wird auch dafür sorgen, dass das Wachstum 2007 trotz erwarteter guter Inlandskonjunktur schwächer ausfallen wird. Im nächsten Jahr rechnen wir mit einem Rückgang des Wachstums auf 1,8 %.

1. Quartal könnte Wachstumshöhepunkt bringen – verbesserte Konsumentenstimmung und anhaltend gute Industriestimmung

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

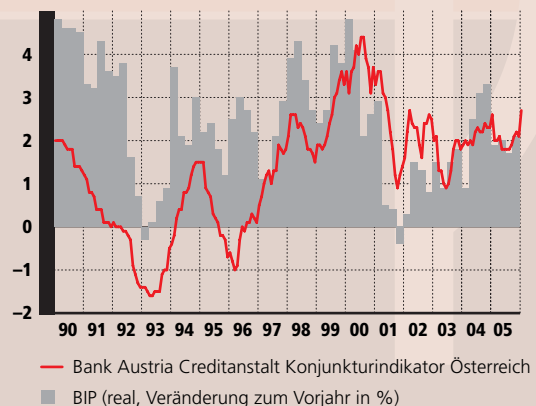
Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

- ◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

- ◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),
- ◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),
- ◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur international

Abschwächung in USA, Belebung im Euroraum

Die Weltwirtschaft wird 2006 mit 3,1 % etwas schwächer als 2005 (3,4 %) wachsen, die Unterschiede in der Dynamik zwischen den einzelnen Wirtschaftsräumen bleiben unverändert bestehen.

So werden auch heuer die asiatischen Volkswirtschaften ein viel stärkeres Wachstum aufweisen, so z.B. China 9,3 %, Indien 6,9 %. Japan liegt mit 2,6 % deutlich zurück, wächst aber stärker als der Euroraum.

USA

Im vierten Quartal hat die Wirtschaft der USA nur ein geringes Wachstum erzielt. Nach einem Anstieg im dritten Quartal um 4,1 %, wurden für das letzte Quartal 1,6 % verlautbart. Der zuvor starke private Konsum konnte nur mehr im Ausmaß der Gesamtwirtschaft wachsen. Rückgänge gab es beim öffentlichen Konsum und den Investitionen. Verschlechtert hat

sich auch die Außenhandelsbilanz: Während die Exporte nur einen Zuwachs von 5,7 % (annualisiert auf Quartalsbasis) aufweisen können, sind die Importe um 12,8 % gestiegen.

Der private Konsum ist im vierten Quartal nur um 1,2 % gestiegen. Die Zuwächse bei den Autoverkäufen haben zwar die Kreditnachfrage etwas ansteigen lassen, doch ist angesichts des gestiegenen Zinsniveaus eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken – dies, obwohl sich die Situation am Arbeitsmarkt weiter verbessert hat. So ist die Arbeitslosenrate im Jänner auf ein Rekordtief von 4,7 % gefallen. Allerdings zeichnet sich immer deutlicher eine Abschwächung des Immobilienmarktes ab, die Verschuldung der Haushalte ist – auch durch die Ausnutzung der Hypotheken – hoch, und bei den Energiepreisen ist keine Entlastung zu erwarten.

Die Vorlaufindikatoren zeigen auf eine Abschwächung des privaten Konsums hin. So ist der Conference Board Index von 106,8 im Jänner auf 101,7 im Februar zurückgegangen.

Für 2006 erwarten wir in den USA eine Wachstumsverlangsamung auf 2,9 % (nach 3,5 %).

Euroraum

Die Konjunktur im Euroraum hat sich im zweiten Halbjahr 2005 erholt, wobei im vierten Quartal eine Abschwächung auf 0,3 % (nach +0,6 % im dritten Quartal) erfolgte. Insgesamt ist für das Gesamtjahr 2005 daher nur ein Anstieg des BIP um 1,4 % zu erwarten, nach 1,8 % 2004.

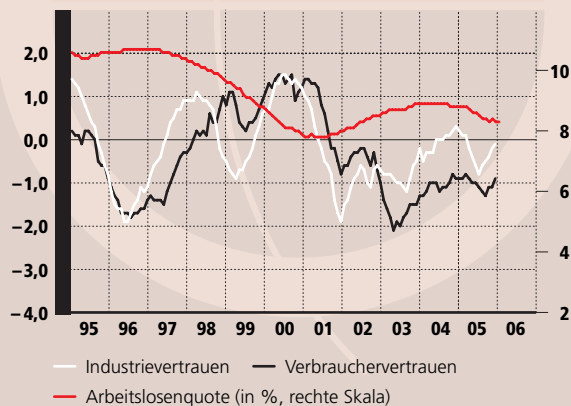
Getragen wurde die Wachstumsbeschleunigung des zweiten Halbjahres von der Belebung der Investitionstätigkeit sowie den Exporten.

Diese Dynamik wird auch im ersten Quartal anhalten, im Verlauf des Jahres wird es jedoch wieder zu einer leichten Abschwächung kommen. Im Gesamtjahr 2006 rechnen wir mit einer Wachstumsbeschleunigung auf 1,7 %.

Die Entwicklung der Industrieproduktion im Euroraum verlief sehr unterschiedlich. Deutschland hatte nach zwei Anstiegen auf Vormonatsbasis im November wieder ein leichtes Minus von 0,3 % ausgewiesen, im Jahresvergleich bedeutete dies aber eine weitere deutliche Zunahme auf 5 %. Im Euroland insgesamt betrug der Anstieg der Industrieproduktion 1,2 % im Monatsvergleich und 2,7 % im Jahresvergleich.

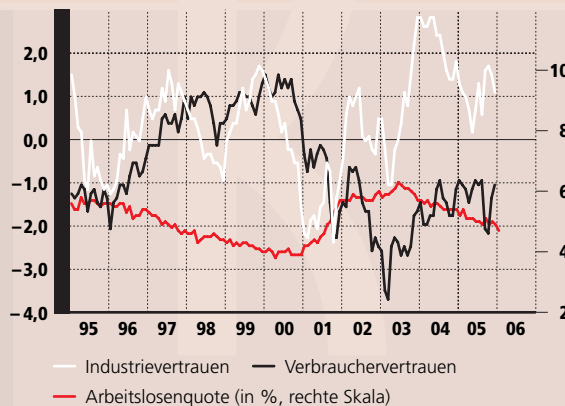
Auch der Einzelhandel hat sich im November leicht belebt. Der Euroraum verzeichnete im Monatsvergleich ein Minus von 0,7 %, nach -0,4 % im Oktober; im Jahresvergleich bedeutet dies einen Anstieg von 0,6 % nach 0,3 %. Der Verlauf in den Euroländern war jedoch sehr unterschiedlich. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur Zentral- und Osteuropa

Wirtschaft in Fahrt, Inflation im Griff

Die Aufwärtsentwicklung der CEE-Länder bleibt im laufenden Jahr nicht nur voll in Schwung, sondern wird sich auch qualitativ verbessern. Trotz der beachtlichen Wirtschaftsdynamik wird sich die in der Region erreichte Preisstabilität 2006 weiter festigen können.

Mit dem Konjunkturauftrieb in der zweiten Jahreshälfte 2005 ist Zentral- und Osteuropa (CEE) dem Bild eines dynamischen Wachstumsmarktes wieder voll gerecht geworden. Im Durchschnitt der neuen EU-Mitglieder betrug der Anstieg des BIP im Jahr 2005 mehr als 4 %, und auch in den südosteuropäischen Kandidatenländern lag das Wirtschaftswachstum ungefähr auf dieser Höhe. Das angesichts der internationalen Rahmenbedingungen beeindruckende Wirtschaftswach-

tum ist wesentlich durch die gute Entwicklung der Industrie, die in den einzelnen Ländern zwischen rund 25 und 30 % zum BIP beiträgt, unterstützt worden.

Wachstum gewinnt an Stärke und Qualität

Das Wirtschaftswachstum in der Region wird 2006 auf durchschnittlich über 5 % ansteigen. Wichtige Impulse werden wieder vom Außenhandel ausgehen, denn die Neuen EU-Mitgliedsstaaten (NMS) und auch die südosteuropäischen Reformländer können ihre gute Wettbewerbsposition international nutzen, wobei von der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Wachstumsmärkte untereinander eine Selbstverstärkung ausgeht. Der private Konsum und die Investitionen werden den externen Sektor, der im Vorjahr in vielen Ländern die

bestimmende Kraft war, als Wachstumsmotor ergänzen und so die Tragfähigkeit des Aufschwungs verbessern.

In Polen wird das Wirtschaftswachstum deutlich über 4 % betragen, zum einen basierend auf einem kräftigen Konsum, der von der Erholung der Beschäftigung und der Realeinkommen profitiert. Zum anderen aufgrund hoher Investitionen dank der erhöhten Finanzkraft der Unternehmen und der öffentlichen Straßen- und Wohnbauprogramme, unterstützt durch die Mittel aus den EU-Fonds. Ab 2007 wird Polen der größte Nettoempfänger von Transfers aus der EU werden und etwa 13 Mrd. EUR pro Jahr erhalten, was eine langfristig positive Entwicklung sichert.

Auch die übrigen neuen EU-Mitglieder werden 2006 von hohen Investitionen profitieren, insbesondere das „Automobilland“ Slowakei, wo die

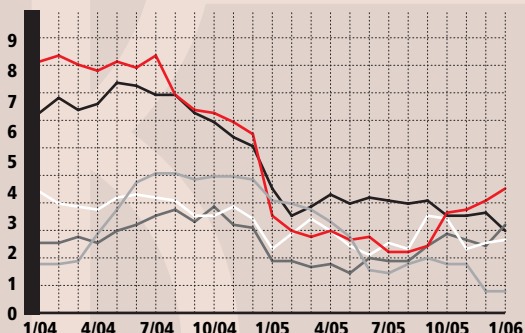
internationalen Konzerne Produktionserweiterungen abschließen. Wesentlichste Stütze wird aber der Konsum sein, der in Ungarn und Tschechien durch Steuersenkungen im Vorfeld der diesjährigen Parlamentswahlen gestärkt wird. Die südosteuropäischen Länder (SEE) können ihren Aufholprozess dank der kontinuierlichen Reformpolitik und hoher ausländischer Direktinvestitionen fortsetzen. Das Wirtschaftswachstum wird sich auf 5,5 % erhöhen. Vor allem Bulgarien und Rumänien stehen im Beitrittsfieber, und nach dem Beginn von EU-Aufnahmeverhandlungen ist auch Kroatien mehr in den Blickpunkt internationaler Investoren gerückt.

Herausforderung Inflationkriterium

Im vergangenen Jahr legte Zentral- und Osteuropa einen hohen Grad an Preis-

Inflationentwicklung in CEE-5

(im Jahresvergleich, in %)

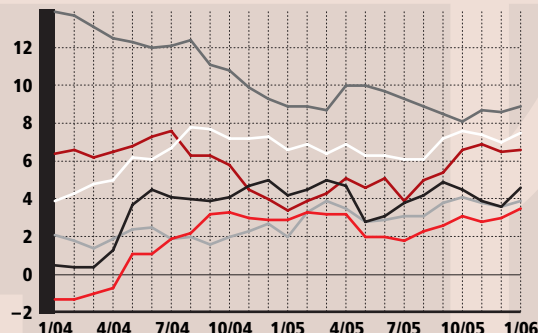


— Slowakei — Slowenien — Polen
— Ungarn — Tschechien

Quelle: Nationale Statistik, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Inflationentwicklung in SEE und im Baltikum

(im Jahresvergleich, in %)



— Rumänien — Lettland — Estland
— Bulgarien — Kroatien — Litauen

Quelle: Nationale Statistik, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

stabilität an den Tag. So verzeichneten die NMS im Jahresdurchschnitt 2005 einen Verbraucherpreisauftrieb von 2,5 %, was genau der oberen Grenze des Maastricht-Inflationskriteriums (Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder + 1,5 %-Punkte – gemessen am HVPI) für 2005 entspricht. Im Durchschnitt der drei südosteuropäischen Beitrittskandidaten (Bulgarien, Kroatien, Rumänien) betrug die Teuerung 7 %.

Als preisstabilstes Land in der Region erwies sich 2005 die Tschechische Republik, gefolgt von Polen und Slowenien. Von der Inflationsproblematik am stärksten betroffenen waren Lettland und Rumänien. Entsprechend der Inflationsentwicklung kristallisieren sich drei vergleichsweise homogene Ländergruppen heraus. Zum einen die CEE-5-Länder (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn), die nach dem EU-beitrittsbedingten Preisschub 2004 rasch auf einen rückläufigen Inflationspfad zurückfanden. Zum anderen das Baltikum (Estland, Lettland, Litauen), wo die Inflation seit dem EU-Beitritt

auf mehr oder minder hohem Niveau verharret. Und schließlich die drei SEE-Länder, die sich angesichts der kreditgetriebenen kräftigen Binnennachfrage mit einer beschleunigten Teuerung (z. B. Kroatien) bzw. einem verlangsamt fallenden Inflationstrend (z. B. Rumänien) konfrontiert sehen.

Trotz der unterschiedlichen Inflationspfade quer durch die Region wirkten in den einzelnen Ländern ähnliche Faktoren preistreibend. So sorgten vor allem Anpassungen bei regulierten Preisen (hauptsächlich als Konsequenz von Preis- und Steuerharmonisierungsmaßnahmen vor bzw. nach dem EU-Beitritt) je nach ihrem Gewicht im Warenkorb für einen mehr oder minder kräftigen Inflationsdruck. Einen stark preistreibenden Effekt hatte (vor allem in den Sparten Verkehr und Wohnen) die das Jahr 2005 prägende Ölpreishausse. Schließlich waren angesichts der zum Teil hohen Dynamik der Binnennachfrage (z. B. Lettland, Rumänien) auch Anzeichen eines nachfrageinduzierten Inflationsdrucks zu spüren. Die starke Konsum- und Investitionsneigung wurde insbesondere in

SEE-3 von einem Kreditboom begleitet.

Der stärkste Preisdämpfer in der Region war die Wechselkursentwicklung. So konnten die meisten CEE-Währungen angesichts des anhaltend starken Kapitalzustroms (Direkt- und Portfolioinvestitionen) im Jahresverlauf 2005 deutlich an Wert gewinnen. Mit über 10 % Wertzuwachs gegenüber dem Euro im Jahresdurchschnitt 2005 fiel dabei die Aufwertung vor allem in Polen und Rumänien besonders markant aus. Aber auch steuerpolitische Maßnahmen halfen den energiepreisbedingt aufkeimenden Inflationsdruck zu mildern. So zog zum Beispiel Ungarn die für den 1. Januar 2006 geplante Mehrwertsteuersenkung bei Treibstoff auf den 1. Oktober 2005 vor. Die polnische Regierung hat mit Wirksamkeit 15. September 2005 die Mineralölsteuer um 16 % gesenkt. Überdies trug – sei es aus handelspolitischen (z. B. Polen) oder wettbewerbstechnischen (z. B. Ungarn) Gründen – auch die weitgehend günstige Preisentwicklung bei Lebensmitteln, die in den meisten Ländern den höchsten Anteil am Waren-

korb haben, zur Verbesserung des Inflationsumfeldes bei. Eine Ausnahme stellt hier Bulgarien dar, das infolge der von der Hochwasserkatastrophe stark beeinträchtigten Agrarproduktion einen beträchtlichen Aufwärtsdruck in dieser Sparte verzeichnete. Schließlich hatten auch die fallenden Textilpreise als Folge des Auslaufens des Multifaserabkommens und der damit einhergehenden stärkeren Importkonkurrenz aus China einen positiven Effekt auf die Inflationsentwicklung.

2006 wird die Region die im vergangenen Jahr erreichte Preisstabilität weiter festigen können. In den NMS ist mit einem Rückgang der Inflation auf 2,1 % im Jahresdurchschnitt zu rechnen; im SEE-3-Durchschnitt ist eine Teuerung von knapp über der 6 %-Marke zu erwarten. Eine geringfügige Beschleunigung des Preisauftriebs ist heuer nur in der Tschechischen Republik, der Slowakei und in Bulgarien absehbar. Die maßgeblichen Einflussfaktoren bleiben auch 2006 die Stärke der nationalen Währungen, der Ölpreis sowie Anpassungen bei regulierten Preisen und Steuern. ■

VPI-Komponenten in CEE

Kategorie/Gewicht 2006 (%)	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ungarn	Bulgarien	Kroatien
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	22,7	27,5	27,3	26,9	17,3	18,0	19,8	19,3	35,7	32,9
Alkoholische Getränke und Tabak	7,9	6,2	7,3	5,7	4,8	5,2	7,9	7,0	4,9	5,8
Bekleidung und Schuhe	6,3	7,2	8,5	5,1	4,5	8,5	5,7	5,4	4,2	8,0
Wohnung, Wasser, Energie	14,4	13,2	12,1	20,9	29,1	12,5	23,6	20,6	17,7	14,8
Hausrat und Instandhaltung des Hauses	5,4	5,1	5,8	4,7	5,2	6,7	6,8	6,5	4,2	4,7
Gesundheitspflege	3,0	4,3	5,0	5,3	2,2	3,9	1,4	2,9	6,0	2,8
Verkehr	15,7	11,6	10,6	8,8	9,8	16,8	10,1	13,0	7,3	11,2
Nachrichtenübermittlung	5,6	5,4	4,9	5,0	3,8	4,1	2,3	4,7	6,4	4,3
Freizeit und Kultur	7,1	7,8	6,8	6,6	8,9	10,8	9,6	8,9	3,7	5,6
Erziehung und Unterricht	2,4	1,5	1,3	1,6	1,1	1,3	0,4	1,1	0,7	0,9
Restaurants und Hotels	4,0	5,5	5,5	4,3	7,0	6,1	7,4	6,4	5,1	3,2
Sonstige Waren und Dienstleistungen	5,3	4,8	4,9	5,2	6,3	6,3	4,9	4,2	4,1	5,9
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Nationale Statistikämter, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Bauwirtschaft

Solides Fundament, aber kein Wachstumsmotor

Die Bauwirtschaft wird in den nächsten zwei Jahren etwa im Tempo der Gesamtwirtschaft mit 2 bis 3 % real wachsen. Maßgebliche Impulse kommen von den Infrastrukturinvestitionen.

Darüber hinaus zeichnet sich eine Erholung im Hochbau ab. Mit der Festigung der Baukonjunktur kam der Beschäftigungsrückgang 2005 erstmals seit Jahren zum Stillstand; ein nachhaltig höheres Beschäftigungsniveau in der Branche ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Mittelfristig bleiben der Wettbewerbsdruck und die Insolvenzgefahr am Bau hoch.

Schwache Baukonjunktur

Nach einem schwachen Jahresbeginn gewinnt die Baukonjunktur seit Mitte 2005 an Schwung. Die Unterneh-

mer beurteilten ihre Geschäftslage zunehmend optimistischer, die Auftragslage hat sich in fast allen Sparten verbessert. Ende November standen um 28 % mehr Aufträge in den Büchern des Bauhauptgewerbes als im Jahr davor. Der Produktionswert der Branche ist in den ersten elf Monaten 2005 um knapp 3 % gestiegen. Treibende Kraft dahinter war der florierende Tiefbau, während im Hochbau, vor allem im Wirtschafts- und im Wohnbau, noch Umsatzeinbußen verbucht werden mussten. Das Bauhauptgewerbe beendete 2005 voraussichtlich mit einem Produktionsplus von rund 3 %.

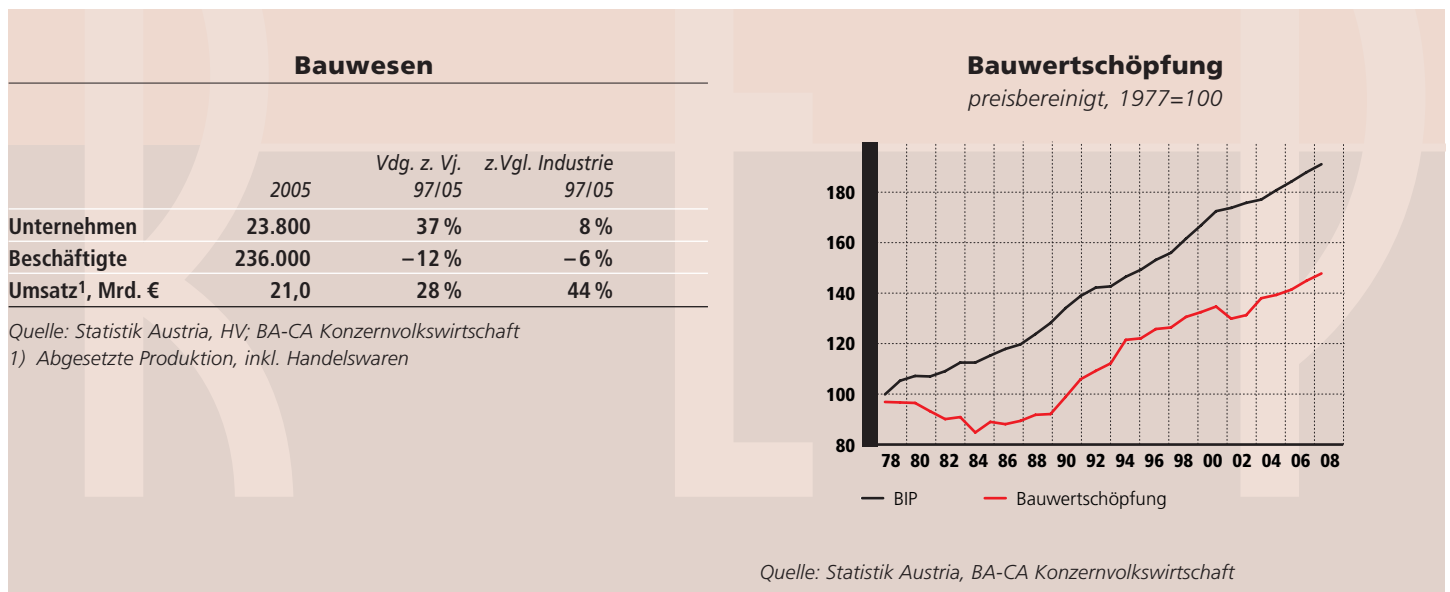
Im Baugewerbe, in das Segment fallen überwiegend kleinere Unternehmen, hat sich die Auftragslage im Lauf von 2005 ebenfalls verbessert.

Allerdings blieb die Stimmung im gewerblichen Segment verhalten vorsichtig, maßgeblich gedrückt durch die schwache Wohnbaukonjunktur. Die Umsätze der Baunebengewerbebranchen und der Bauinstallationsbranchen sind bis November um jeweils 1,2 % nominell gestiegen. Im Dezember haben sich diese Ergebnisse kaum mehr verbessert, berücksichtigt man die Auftragslage und die Unternehmererwartungen in den Baunebengewerben.

Wachstumsaussichten

Der Umsatz des gesamten Bausektors ist 2005 um insgesamt 3 % nominell auf 21 Milliarden Euro gestiegen. Preisbereinigt blieb ein Plus von 1,5 % (2004 + 0,9 %). Den Schwung aus der zweiten

Jahreshälfte kann die Bauwirtschaft voraussichtlich 2006 und 2007 beibehalten, zum Teil sogar verstärken. Damit wird der Sektor in den nächsten zwei Jahren in etwa das Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft erreichen, das heißt 2 bis 3 % real im Jahr: ♦ Maßgebliche Impulse kommen vom Tiefbau, besonders von den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Damit wird vorhandenen Engpässen und Modernisierungsdefiziten Rechnung getragen. Im Generalverkehrsplan der Bundesregierung sind für den Zeitraum 2002 bis 2012 für den Verkehrswegebau Investitionen von insgesamt 17,2 Milliarden Euro vorgesehen. Der größte Brocken kommt dem Eisenbahnbau zugute (8,5 Mrd. Euro laut Rahmenplan der ÖBB für 2005 bis 2010). Selbst wenn auf lange Sicht physische Verkehrsströme zunehmend durch Informations-



ströme ersetzt werden, wächst der Personen- und Güterverkehr noch über Jahre hinaus und indirekt damit auch der Tiefbau.

◆ Die Sparte sonstiger Hochbau, dazu zählen unter anderem die Errichtung von Geschäftsbauten, Sportanlagen, landwirtschaftlichen Gebäuden, Schulen oder Krankenhäusern, wird sich nach deutlichen Umsatzeinbußen 2004 und 2005 von rund 7 % im Jahr voraussichtlich ab 2006 erholen. Für Zuwächse sorgen Neuprojekte im privaten Bürobau und vermehrt öffentliche Aufträge. Einerseits halten weitere Ausgliederungen und Privatisierungen im öffentlichen Bereich den Bedarf an modernen Büroflächen in Schwung. Andererseits erwartet die Bausparte im Rahmen der Bahnhofsoffensive noch einige Großaufträge.

◆ Vom Wohnbau kommen in den nächsten zwei Jahren ebenfalls Wachstumsimpulse, wenn auch nur schwache. Von den jahrelangen Nachfragerückgängen, seit 1996 ist der nominelle Spartenumsatz von 2,8 Milliarden Euro auf zuletzt 2,2 Milliarden Euro gesunken, kann sich die Bausparte aber erst mittelfristig

erholen. 2005 blieb ein Minus von rund 3 %. Ersten Schätzungen zufolge werden 2006 und 2007 etwa 43.000 Wohnungen fertig gestellt, 2005 waren es 42.000. Viel zu wenige: Wenn man den jüngsten Haushaltsprognosen der Österreichischen Raumordnungskonferenz folgt, wurde der Bedarf schon in den letzten Jahren unterschätzt, die (theoretisch) notwendige Neubauleistung deutlich verfehlt. Zwischen 2001 und 2011 wäre eine Neubauleistung von durchschnittlich 46.000 Wohnungen im Jahr erforderlich; in den folgenden zehn Jahren immerhin noch von durchschnittlich 39.500 Wohnungen im Jahr. Erst langfristig fällt die notwendige Neubauleistung in allen Bundesländern deutlich unter das aktuelle Niveau.

Die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten änderten an der schwachen Wohnbautätigkeit in den vergangenen Jahren wenig. Grundsätzlich beeinflussen niedrige Hypothekenzinsen und moderate Baukosten die Neubauleistung positiv, werden aber langfris-

tig von anderen Effekten überlagert. Die Neubaunachfrage in Österreich hängt vor allem aufgrund der spezifischen Förderlandschaft und des hohen Anteils gemeinnützigen Wohnbaus weniger vom Zinsniveau ab als im internationalen Vergleich. Fast 80 % der neu errichteten Wohnungen in Österreich werden mit öffentlichen Mitteln co-fin-

Erstmals seit sieben Jahren ist die Baubeschäftigung 2005 nicht gesunken.

ziert. Das erklärt auch den relativ niedrigen Anteil der Ausgaben privater Haushalte fürs Wohnen in Österreich, der mit 19 % deutlich unter internationalen Vergleichswerten liegt.

◆ Der Bereich Sanierung und Modernisierung im Hochbau wächst seit Jahren rascher als die Neubauparte. Insgesamt wurden 2005 für Sanierungsarbeiten im Hochbau 1,4 Milliarden Euro ausgegeben. Wesentliche Impulse kann die Sanierungssparte in den nächsten Jahren von der, Anfang 2006 in Kraft getretenen, EU-Gebäuderichtlinie erwarten, wonach Wohnungen und Häuser in Zukunft mit einem einheitlichen Energieverbrauchs-Zertifikat (Energieausweis) ausgestattet werden

müssen. Die Nachfrage nach thermischen Sanierungsmaßnahmen und energiesparenden Neubauten sollte dadurch nachhaltig belebt werden. Nicht zuletzt motivieren die anhaltend hohen Energiepreise zu energiesparenden Baumaßnahmen.

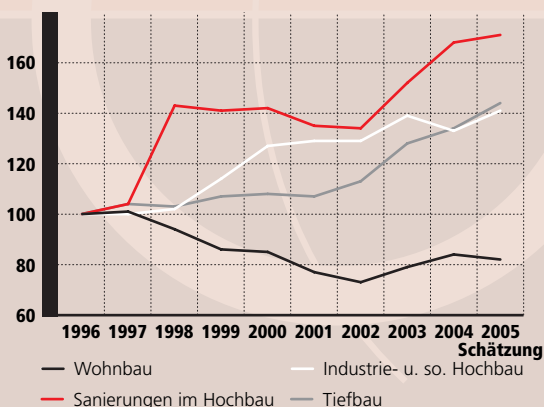
Wenig Positives vom Arbeitsmarkt Bau

Seit Mitte der 90er Jahre ist die Zahl der Arbeitsplätze am Bau von 265.000 auf 236.000 gesunken. Bemerkenswert am Baujahr 2005 war, dass nach mehr als sieben Jahren sukzessiver Arbeitsplatzverluste im April erstmals wieder steigende Beschäftigungszahlen registriert wurden, durchgehend bis zum Dezember des Vorjahres. Die Zuwächse lagen im Bereich von 0,1 bis 1,3 % pro Monat. Aufgrund der Einbußen in den Wintermonaten blieb im Jahresdurchschnitt allerdings nichts vom Beschäftigungszuwachs erhalten. Im Jänner 2006 ist die Baubeschäftigung wieder um knapp 1 % gesunken.

Parallel zur wachsenden Baubeschäftigung nahm 2005 auch die Arbeitslosigkeit in der Branche zu. Im Jahres-

Bauproduktion

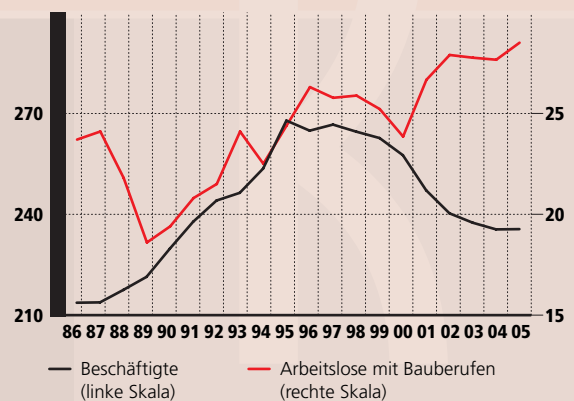
nominelle Werte, 1996=100



Quelle: Statistik Austria, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Arbeitsmarkt Bau

Beschäftigte und Arbeitslose, jeweils in 1.000 Personen



Quelle: HV d. Sozialversicherungsträger, AMS, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

durchschnitt ist die Zahl der Arbeitslosen mit Bauberufen, die 2003 und 2004 leicht rückläufig war, wieder um mehr als 3,1 % gestiegen. In absoluten Zahlen waren damit Ende 2005 56.000 Personen mit spezifischen Bauberufen auf Jobsuche. Vereinfacht lässt sich die Entwicklung am Bauarbeitsmarkt mit Umschichtungen in der Beschäftigtenstruktur erklären.

Gründerboom und Insolvenzrekorde

Die Zahl der Unternehmen im Bauwesen wächst seit Jahren überdurchschnittlich rasch, zwischen 1997 und 2004 beispielsweise um 34 % (zum Vergleich im Industrieschnitt nur um 8 %; Q. Statistik Austria). Wie eine tiefere Gliederung der Statistik zeigt, blieb die Zahl der Unternehmen, die wenigstens einen Arbeitnehmer beschäftigen, im selben Zeitraum unverändert. Gleichzeitig ist aber die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Sektor um 12 % gesunken. Das heißt, dass in den letzten Jahren im Bauwesen überwiegend Ein-Personen-Betriebe gegründet worden sind. Vermutlich wechselte

ein Teil ehemals unselbständig Beschäftigter in der Branche in die Selbständigkeit, vor allem im Bereich der Bauneben- und Bauhilfsgewerbe. Es wächst die Zahl von Kleinstfirmen, die als Subunternehmen größerer Unternehmen arbeiten (nicht nur am Bau). Letztendlich ist die Entwicklung eine Reaktion auf den scharfen Konkurrenzdruck in der Branche. Der bedingt, dass größere Baufirmen sich zunehmend auf Generalunternehmerfunktionen konzentrieren und aus Kostengründen Arbeiten an Fremdfirmen auslagern.

Deutlich rascher als im gesamten Bauwesen ist die Zahl der Firmen im Baugewerbe und im Bauhilfsgewerbe gestiegen (das sind Stuckateure, Trockenausbauer, Gipsler, Gerüstaufsteller, Wärmedämmer u. a.). Die Gründungsstatistik der Bundeswirtschaftskammer zeigt, dass in diesen Bereichen in den 90er Jahren im Durchschnitt 650 Unternehmen im Jahr gegründet worden sind und zwischen 2000 und 2003 durchschnittlich 900 Unternehmen im Jahr. In den letzten zwei Jahren wurden aber mehr als 1.900 Neugründun-

gen registriert. Hintergrund des Gründerbooms war, laut Information der Bundesinspektion Bau, vor allem der massive Zustrom ausländischer Unternehmen in die Bauhilfsgewerbebranchen (Neugründungen 2000–2003 rund 400 Firmen, 2004–2005 1.400 Firmen). Gleichzeitig blieb das Gründungsgeschehen im Baugewerbe, mit etwas mehr als 500 Neugründungen im Jahr, vergleichsweise moderat.

Die Daten dokumentieren das Phänomen der „Scheinselbständigen“, deren Zahl, laut Branchenvertretern, vor allem nach der EU-Osterweiterung massiv gestiegen ist. Vereinfacht formuliert, melden in diesem Fall osteuropäische Staatsangehörige in Österreich ein Unternehmen im Bauhilfsgewerbe beziehungsweise im Baunebengewerbe an (überwiegend freie Gewerbe), arbeiten aber im Wesentlichen für einen einzigen Auftraggeber. Letztendlich werden damit die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit umgangen, die Österreich unter anderem für die Bauwirtschaft im Erweiterungsvertrag eingeräumt wurden.

Die Bauwirtschaft zählt einerseits zu den gründungs-

intensivsten, andererseits auch zu den insolvenzanfälligsten Branchen. Von 2001 bis 2005 ist die Zahl der Insolvenzen im Sektor um insgesamt 19 % auf 1.042 Fälle gestiegen. Auch wenn der Anteil der Baufirmen an allen Insolvenzen in Österreich (insgesamt 7.056) im betrachteten Zeitraum von durchschnittlich 18 % auf 15 % 2005 leicht gesunken ist, hat sich an der angespannten Liquiditätssituation im Sektor wenig geändert. Schließlich ist in den nächsten Jahren auch keine Verbesserung der Liquiditätssituation in Sicht. Im Gegenteil dürfte sich der Konkurrenzdruck mittelfristig noch verschärfen, wenn die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Baugewerbe für die neuen EU-Mitglieder aufgehoben worden sind, spätestens in 5 Jahren – wahrscheinlich früher.

Langfristig wächst die Bauwirtschaft schwächer als die gesamte Wirtschaft, die Anteile des Sektors an der Wirtschaftsleistung und an der Beschäftigung sind rückläufig (in den letzten drei Jahrzehnten wuchs die Bauwertschöpfung um rund 50 % preisbereinigt, das Bruttoinlandsprodukt aber um 90 %). Maßgeblich für wahrscheinlich weitere Anteilsverluste der Bauwirtschaft ist die Tatsache, dass der noch bestehende Nachholbedarf in der Infrastrukturausstattung des Landes auf lange Sicht geringer wird, ebenso wie der Bedarf an neuen Wohnungen. (Schon im kommenden Jahrzehnt soll der Neubaubedarf unter das aktuelle Niveau sinken). Kurzfristig stellt sich aber schon für die Baujahre 2006 und 2007 die Frage, ob das relativ hohe Wachstum ausreicht, um neue Arbeitsplätze im Sektor zu schaffen. ■

Spartenergebnisse – Bau

	Mrd. €		Veränderungen zum Vorjahreszeitraum			
	2004	Ø 96/01	2002	2003	2004	1–11 2005
Hoch- und Tiefbau, gesamt	11,3	1,3 %	1,2 %	11,0 %	2,8 %	2,8 %
Hochbau	6,4	0,9 %	-2,3 %	9,1 %	2,3 %	-0,6 %
Wohnbau	2,3	-5,1 %	-5,1 %	7,8 %	6,7 %	-2,9 %
Sonstiger Hochbau	2,0	6,9 %	8,6 %	9,1 %	-7,6 %	-6,2 %
Adaptierungen	1,4	6,2 %	-0,7 %	13,5 %	10,4 %	0,7 %
Tiefbau	4,4	1,3 %	6,2 %	12,6 %	5,1 %	7,0 %
Straßenbau	1,4	0,7 %	12,6 %	15,8 %	5,9 %	1,7 %
Kanalbau	1,2	-1,1 %	-4,4 %	4,7 %	10,1 %	-1,9 %
Bauinstallationen	4,7	4,6 %	-2,3 %	12,4 %	7,6 %	1,2 %
Baunebengewerbe	1,8	6,6 %	-4,6 %	7,3 %	0,4 %	1,2 %

1) Inklusiv vorbereitender Baustellenarbeiter; technischer Produktionswert
Quelle: Statistik, Austria, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Finanzmarkt Ausblick

Zinsen steigen nun auch im Euroraum

Trotz eines relativ schwachen vierten Quartals sowohl in den USA als auch im Euroraum, das Wachstum sank in den USA nach 4,1% auf 1,6% und im Euroraum von 2,7% auf 1%, führten die starken Vorlaufindikatoren für das erste Quartal zu einem deutlichen Anstieg der Zinsen. Der USD bewegt sich seit Jahresbeginn mehr oder weniger seitwärts.

Die relativ schwache Konjunktorentwicklung gegen Ende des Jahres sowohl in den USA als auch im Euroraum ließ bei vielen Marktteilnehmern die Skepsis aufkommen, ob den Zinsschritten der beiden Notenbanken im Dezember, die EZB erhöhte im Dezember erstmals seit fünf Jahren wieder ihre Zinsen, die Fed vollzog im Dezember ihre 13. Zinserhöhung seit 2004, weitere folgen werden. Dementsprechend kam es bei den

Renditen am langen Ende des Marktes in den ersten Wochen des Jahres zu einem Rückgang. Allerdings folgten dieser Skepsis relativ gute Vorlaufindikatoren. So stieg der Einkaufsmanagerindex in den USA nach dem leichten Rückgang im Jänner im Februar wieder deutlich an und liegt nun bei 56,7, zum anderen stieg die Konsumentenstimmung nach dem Rückgang im Verlauf des vierten Quartals seit Jahresbeginn wieder deutlich, auch wenn der Februar einen Rückschlag zeigte. Im Euroraum führte die gute Entwicklung bei der Industrie zu einer Fortsetzung der Stimmungsverbesserung. Auch die Konsumentenstimmung folgte diesem Trend.

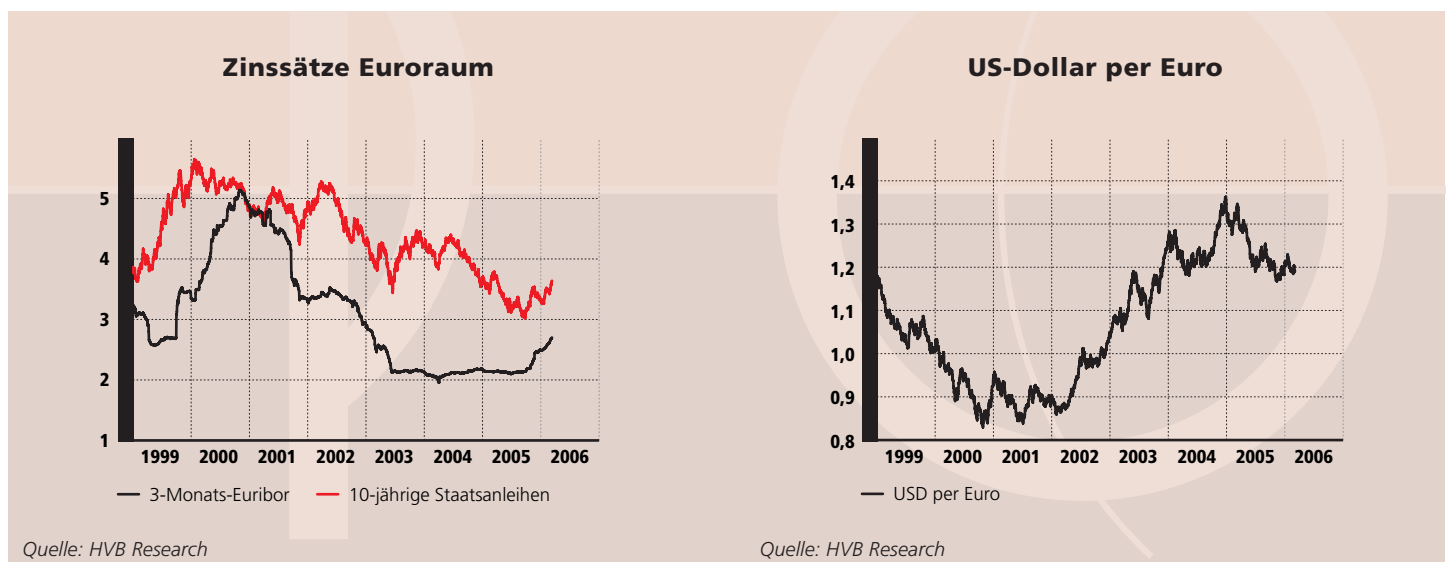
Gleichzeitig macht sich der Energiepreisanstieg in den USA weiterhin durch eine sehr hohe Inflationsrate bemerkbar, die Inflationsrate stieg im

Jänner erneut auf 4%, die Kernrate bleibt bei etwas über 2%. Dementsprechend vollzog die US-Fed Ende Jänner ihre 14. Zinserhöhung und die Marktteilnehmer gehen von zumindest zwei weiteren Zinsschritten, dem ersten davon noch im März, aus. Dementsprechend reagierten die Rentenmärkte von 4,40 zu Jahresende 2005 auf zuletzt 4,73.

Auch im Euroraum haben die positiven Vorlaufindikatoren, so stieg der Ifo-Index seit Dezember zweimal von 99,6 auf 103,3 den Boden für Zinserhöhungen bereitet. Stärker noch als die Konjunkturdynamik bzw. die Vorlaufindikatoren haben aber der sich weiter vergrößernde Abstand der Geldmarktzinsen zwischen den USA und dem Euroraum, die Sorge um die Immobilienpreise in einigen Euroraumländern und vor allem der deutliche Anstieg der Kredit-

gewährung die EZB beeindruckt. Das Firmenkreditwachstum im Euroraum legte im Jänner auf 8,5%, dem höchsten Wert seit 2001, die privaten Kredite, etwa für Wohnbau, um 11,7% zu. Dementsprechend hat die EZB zu einer deutlich stärkeren Zinserhöhungsrhetorik und schließlich auch zu einer weiteren Zinserhöhung Anfang März gegriffen. Auch im Euroraum kam es im Vorfeld dazu zu einer Erhöhung der Renditen von 3,3 zu Jahresende 2005 auf 3,64 Anfang März. Aus heutiger Sicht ist zumindest mit noch einer weiteren Zinserhöhung der EZB zu rechnen.

Der USD entwickelte sich zum Euro seitwärts mit einem Anstieg auf 1,21 und dann einem erneuten Rückgang auf 1,19. Auch in den nächsten Monaten ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen, mit leichter Tendenz zu einem stärkeren Euro. ■



Globalisierung erfordert mehr Binnenmarkt und mehr Europa

Europa hat gute Chancen im globalen Wettbewerb, muss dafür aber die nötigen Voraussetzungen schaffen

Die Diskussion über die Dienstleistungsrichtlinie hat uns sehr gut vor Augen geführt, dass der EU-Binnenmarkt nach wie vor unvollständig ist.

Ein vollkommener Binnenmarkt wäre dann gegeben, wenn es egal ist, in welcher Ecke Europas Produkte oder Dienstleistungen produziert werden, um diese innerhalb der gesamten Europäischen Union absetzen zu können. Ein vollkommener Binnenmarkt würde eben nahezu so funktionieren, wie dies ein nationaler Markt eines Mitgliedslandes tut. Nachfragende Unternehmen und Verbraucher könnten dann aus einem EU-weiten Angebot wählen.

Dass dem nicht so ist, ist nicht erst seit der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie bekannt. Auch wenn es zahlreiche Vorschriften auf europäischer Ebene zur Vereinheitlichung der nationalen Gesetze gibt, so sind die Hürden, die Firmen und Dienstleistungserbringer bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Leistungen oder beim Absatz von Produkten überwinden müssen, ebenso groß, wie die nationalen Vorschriften weiterhin vielfältig sind. Besonders für kleinere Unternehmen stellt diese Vielfalt ein Hemmnis

dar, um ihre am Heimatmarkt erfolgreichen Produkte auf einem ausländischen Markt zu vertreiben. Größeren Unternehmen mag dies leichter gelingen, allerdings sind die Kosten, die sich aufgrund der Berücksichtigung anderer Vorschriften ergeben, teilweise erheblich. Dies kann dazu führen, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung, die in Österreich produziert und mit einer gewinnbringenden Marge vertrieben wird, auf einem anderen Markt nicht mehr die nötige Gewinnspanne aufweist und damit auch nicht mehr grenzüberschreitend vertrieben werden kann. Eine andere Möglichkeit ist, dass dieses Produkt zu höheren Preisen auf anderen EU-Märkten vertrieben werden muss. Die Vielfalt unterschiedlicher lokaler und nationaler Vorschriften kann somit dazu führen, dass die heimischen Märkte von Konkurrenz aus anderen EU-Mitgliedstaaten abgeschottet werden.

Deregulierung alleine ist zuwenig

Abhilfe kann damit geschaffen werden, indem weiter an der Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes gearbeitet wird. Allerdings muss dabei zur Kenntnis genommen werden, dass ein nahezu vollständig

integrierter europäischer Markt, auf dem Unternehmen und Wirtschafts- und Sozialsysteme miteinander im Wettbewerb stehen, nicht alleine auf Deregulierung beruhen darf. Je stärker eine Wirtschaft integriert ist, desto wichtiger ist es, dass alle Beteiligten unter den gleichen Voraussetzungen in Wettbewerb treten können. Eine eng verflochtene Wirtschaft bedarf einer verstärkten gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik. Das einzige konkrete, derzeit EU-vertraglich fixierte Ziel, die Schaffung ausgeglichener Haushalte, ist zu wenig. Sofern Unternehmen miteinander im freien Wettbewerb stehen, müssen diese unabhängig von deren Standort auf Basis gleichwertiger Vorschriften produzieren können. Mitgliedstaaten dürfen dabei nicht in die Lage versetzt werden, mittels geringerer gesetzlicher Auflagen und Standards den in ihrem Land angesiedelten Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Ein Wettlauf unter den Mitgliedstaaten um die geringsten aufsichtsrechtlichen, umweltrechtlichen, sozialrechtlichen und letztendlich auch steuerlichen Standards muss mittels vernünftig hoher EU-weit gültiger Normen vermieden werden. Das Ziel muss

eine verstärkte wirtschaftspolitische Kooperation unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein. Dass hier Europa noch einige weitere Schritte setzen muss, haben letztendlich auch die Diskussionen über die Dienstleistungsrichtlinie gezeigt.

Dass, werden diese Punkte berücksichtigt, ein stärker integrierter Binnenmarkt positive Effekte bewirkt, zeigt die Erfahrung. Heute vor zwanzig Jahren wurde als Antwort auf eine stotternde europäische Wirtschaft die Einheitliche Europäische Akte beschlossen. Mittels einer Serie von rechtlichen Maßnahmen sollten bis zum Jahr 1993 die nationalen Märkte geöffnet und der Binnenmarkt geschaffen werden. Durch die Harmonisierung technischer Standards, der Reduktion administrativer Aufwendungen im grenzüberschreitenden Geschäft und der Öffnung spezifischer Sektoren wie Telekom, Energie und der Kapitalmärkte wurde der grenzüberschreitende Handel belebt. Die Folge waren verstärkte grenzüberschreitende Investitionen und konvergierende Preise. In den ersten zehn Jahren seit seinem Bestehen hat der Binnenmarkt 1,8 % an zusätzlichem BIP – das sind 877 Mrd. Euro – geschaffen. Umgelegt auf die EU-15 stellt dies 5.770

Euro für jeden Haushalt dar. Gleichzeitig mit der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schaffung des Binnenmarktes, wurde das Instrument zur Sicherung der europäischen Solidarität, die Regional- und Kohäsionspolitik, wesentlich gestärkt. Die damit zur Verfügung gestellten Mittel und die mittels der transeuropäischen Netze getätigten Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur sollten sicherstellen, dass sich der Lebensstandard in der damaligen EU-12 auf hohem Niveau angleicht. Am Beispiel von Spanien, Portugal und Irland zeigt sich, dass sich diese Annahme bestätigt hat.

Europäische Union vor neuen Herausforderungen

Heute steht die Europäische Union vor neuen Herausforderungen. Betreffend das Wirtschaftswachstum verliert Europa laufend an Boden. Im Jahr 2005 belief sich dieses auf rund 1,5 %. In den USA und auch weltweit waren es 3,5 %. Dies ist zum Teil auf eine grundlegende Verschiebung im Gefüge der Weltwirtschaft zurückzuführen. Vor zwanzig Jahren wurden 10 % der hergestellten Güter in Entwicklungs- und Schwellenländern produziert. Im Jahr 2020 werden dies 50 % sein. China, dessen Handelsvolumen sich alle drei Jahre verdoppelt, produziert heute 70 % aller Fotokopiergeräte, 40 % aller Mikrowellenherde und 25 % aller Textilien.

Es ist aber nicht alleine der Bereich der produzierten Güter, auf dem sich Verschiebungen ergeben. Einhergehend mit einer fortschreitenden Liberalisierung des Kapitalverkehrs belaufen sich die Kapitalanteile, die

Investoren außerhalb ihres Heimatlandes halten, auf über 60 %. Investitionen außerhalb des eigenen Marktes sind heute fünf Mal höher, als dies in den 80er Jahren der Fall war.

Die schwächelnde wirtschaftliche Verfassung Europas spiegelt sich im Meinungsbild der Bevölkerung wider. Dienstleistungsrichtlinie, Verfassung für die Europäische Union, EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre, Öffnung der Arbeitsmärkte, stagnierendes Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, globale Wettbewerbsfähigkeit und Überalterung der Bevölkerung sind Stichwörter, die gegenwärtig mit der Europäischen Union verbunden werden – nicht gerade dazu geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die EU zu festigen. Aktuelle Umfragedaten bestätigen dies. So ist laut Eurobarometer die Zustimmung für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union von 56 % im Herbst 2004 auf 50 % im Herbst 2005 zurückgegangen. Mit einer Zustimmung von nur 32 % nimmt Österreich den letzten Platz unter allen Mitgliedstaaten ein. Einen annähernd gleichen Vertrauensverlust verzeichnen die europäischen Institutionen Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union.

Die europäischen Institutionen sind sich dieser Problematik bewusst und versuchen verstärkt, Bürger und Konsumenten in den europäischen Meinungsbildungsprozess einzubinden. Die Ansätze dazu sind begrüßenswert, jedoch ist es schwierig, das Thema Europa alleine

von Brüssel aus zu kommunizieren. Als Beispiel dafür, wie das Thema Europa dem Bürger vermittelt werden kann, kann auf die Einführung des Euro und auf den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union verwiesen werden.

Auch hier wäre eine Kommunikation, die überwiegend von Brüssel aus gesteuert wird, zum Scheitern verurteilt gewesen. Neben einer laufenden Berichterstattung in den lokalen und nationalen Medien, war es vor allem die

flächendeckende Information, die den Bürgern über die Bundesregierung, Sozialpartner, Wirtschaft und Unternehmen und sonstige Stellen zur Verfügung gestellt wurde, die letztendlich für eine positive Stimmung gesorgt hat. Dies muss auch jetzt wieder geschehen. Jene Teile der Gesellschaft, die sich in Brüssel für ein besser integriertes Europa und für einen stärkeren Binnenmarkt einsetzen, müssen mithelfen, die Notwendigkeit und die Vorteile einer derartigen Vorgangsweise auf breiter Ebene zu kommunizieren.

Mehr Mittel für Forschung und Ausbildung

Während die Europäische Kommission gefordert ist, von ihrem Initiativrecht Gebrauch zu machen, um einen optimalen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen zur Verfügung zu stellen und Verstöße gegen die vier Freiheiten (Niederlassung, Kapitalverkehr, Dienstleistungen und Personenverkehr) und gegen die korrekte Umsetzung und Anwendung von Richtlinien strikt zu verfolgen, müssen auch die Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur Sicherung

der Wettbewerbsfähigkeit Europas leisten. Europa kann einen globalen Kostenwettbewerb nicht gewinnen. Wollen wir unseren Lebensstandard und die hohen Einkommen beibehalten, muss in die Herstellung von hochwertigen Produkten und Dienstleistungen mit hochwertigen Produktionsverfahren investiert werden. So wie die Schaffung des Binnenmarktes in den Jahren 1986 bis 1992 von der damals erforderlichen Stärkung der Kohäsions- und Regionalpolitik und den Investitionen in die transeuropäischen Netze begleitet wurde, muss die weitere Integration des Binnenmarktes wiederum von flankierenden Initiativen begleitet werden. Regionalpolitik und Verbesserung der Infrastruktur sind sicherlich nach wie vor erforderlich, jedoch haben sich die Europäische Union und die Herausforderungen, denen sie sich gegenüber sieht, in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt.

Europa verfügt über ein großes Potenzial gut ausgebildeter Arbeitskräfte, innovativer Unternehmen und ist führend in Spitzentechnologien. Dieses Potenzial muss stärker gefördert werden. Was Europa jetzt benötigt, sind höhere Investitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation. Angesichts dessen, dass aber gerade in diesen Bereichen die Mitgliedstaaten beim geplanten EU-Haushalt sparen wollen, muss die Frage gestellt werden, ob die Herausforderungen noch nicht groß genug sind, um die Interessen Europas über die eigenen nationalen Interessen zu stellen. Wenn die Europäische Union als solche eine Antwort auf die anstehenden Herausforderungen geben soll, dann muss sie auch mit den dazu nötigen Mitteln ausgestattet werden. ■

Was Europa jetzt benötigt, sind höhere Investitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation

Bosnien und Herzegowina

Bankenmarkt im Zeichen der Konsolidierung

Seit dem Ende des Bürgerkrieges im Jahre 1995 hat sich der Bankenmarkt in Bosnien und Herzegowina dank konsequenter Restrukturierung und Privatisierung zu einem der dynamischsten Bankenmärkte Zentral- und Osteuropas gemauert. Diese Entwicklung geht indes mit einer beschleunigten Konsolidierung einher.

Im Zuge des Auseinanderbrechens der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien führten die Unabhängigkeitsbestrebungen auch in Bosnien und Herzegowina zur Bildung einer eigenständigen Republik, die im April 1992 international anerkannt wurde. Die sich kurz darauf entladenden bewaffneten ethnischen Auseinandersetzungen mündeten aber bald in einen landesweiten Bürgerkrieg, der dem Land einen denkbar ungünstigen

Start in die Unabhängigkeit bescherte. In der Folge kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten nahezu gänzlich zum Erliegen. Die Wirtschaftsleistung brach in den Jahren 1992–1995 als Konsequenz der Anpassungsrezession, des Strukturbruchs mit Jugoslawien und der militärischen Konflikte um 75 % ein. Hyperinflation, enorme Infrastrukturschäden und eine massive Abwanderung waren weitere Begleiterscheinungen.

Eine politische Lösung konnte schließlich mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton am 14. Dezember 1995 gefunden werden. Demnach blieb Bosnien-Herzegowina als einheitlicher Staat erhalten, bestehend aus der bosniakisch-kroatischen Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) sowie der mehrheitlich serbischen Republika Srpska (RS). Der Grundstein für die ökonomische Stabilisierung des Landes wurde mit der Grün-

dung der Bosnisch-Herzegowinischen Zentralbank im August 1997 sowie der Etablierung des Currency Board-Systems und der Einführung einer neuen Währung, der konvertiblen Marka (BAM), gelegt. Diese wurde im Verhältnis von 1:1 an die D-Mark gekoppelt und damit de facto auch an den Euro (1 EUR = 1,95583 BAM).

Die allmähliche wirtschaftspolitische Stabilisierung gab auch den Startschuss für die Reform des Bankenmarktes, der angesichts unübersichtlicher Eigentümer- und Corporate Governance-Strukturen, politischer Einflussnahme auf die Kreditvergabeentscheidungen der Kreditinstitute, der dominanten Rolle staatlicher Banken, des fehlenden Wettbewerbsdrucks seitens sonstiger Finanzintermediäre sowie des Moral Hazard-Verhaltens der Marktteilnehmer durch hochgradige Ineffizienz gekennzeichnet war. Die Konse-

quenz war eine Altschuldenproblematik gigantischen Ausmaßes, die die Intermediationsfunktion der Kreditinstitute stark beeinträchtigte. Vor diesem Hintergrund genoss die Schließung insolventer Kreditinstitute sowie die Restrukturierung grundsätzlich überlebensfähiger Banken mit dem Kernelement der Bilanzbereinigung und ihre anschließende Privatisierung in den Jahren 1998–2002 entsprechend der dezentralen Kompetenzträgerschaft in beiden Teilrepubliken oberste Priorität. Die gegenwärtig besonders hohe Dynamik des Bankenmarktes und das ausgeprägte Interesse ausländischer Kreditinstitute am bosnischen Bankenmarkt unterstreichen die erzielten Erfolge bei der Bankenreform.

Struktur des Bankenmarktes

Die Anzahl der Kreditinstitute erreichte 1997 mit 76 ihren Höhepunkt. Dank

(Tabelle 1)

Die zehn größten Kreditinstitute in der Föderation BiH per 30. Juni 2005

Bank	Kapitaleigner	Bilanzsumme (EUR Mio.)	Marktanteil (%)
1 Raiffeisen Banka BiH dd Sarajevo	Raiffeisen International Bank-Holding AG (97 %)	1.124,3	26,6
2 UniCredit Zagrebacka Banka BiH dd Mostar	Zagrebacka Banka (93,6 %), Unicredito Italiano (4,7 %)	729,1	17,3
3 Hypo Alpe-Adria-Bank dd Mostar	Hypo Alpe-Adria-Bank AG (100 %)	569,1	13,5
4 HVB Central Profit Banka dd Sarajevo	Bank Austria Creditanstalt (80,8 %), IFC (19 %)	442,7	10,5
5 UPI Banka dd Sarajevo	Banca Intesa (35 %), EBRD (20 %)	232,3	5,5
6 Volksbank BiH dd Sarajevo	Österreichische Volksbank (100 %)	167,9	4,0
7 Tuzlanska Banka dd Tuzla	Nova Ljubljanska Banka (81 %)	152,3	3,6
8 CBS Bank dd Sarajevo	LHB-Frankfurt (60 %), Banka Domzale (40 %)	94,2	2,2
9 ProCredit Bank dd Sarajevo	ProCredit Holding (56,7 %), EBRD (23,1 %)	81,0	1,9
10 ABS Banka dd Sarajevo	n. v.	75,1	1,8

Quelle: Geschäftsberichte der Banken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

des fortlaufenden Restrukturierungs- und Konsolidierungsprozesses war ihre Zahl seither stark rückläufig. So umfasste der bosnische Bankenmarkt Ende September 2005 nur noch 33 Kreditinstitute. 24 Banken, 5 davon unter Zwangsverwaltung, hatten ihren Sitz in der Föderation und neun in der Republika Srpska. Die Anzahl der Bankmitarbeiter erreichte zum selben Zeitpunkt 8.239 und lag damit deutlich höher als noch im Jahre 2000. Ausschlaggebend für diesen Aufwärtstrend waren nicht nur der seit 1999 anhaltende gute Konjunkturverlauf und die damit einhergehende stärkere Nachfrage nach Bankdienstleistungen, sondern auch die Expansionsbestrebungen der Kreditinstitute im Sinne einer regional ausgewogeneren Dienstleistungsdichte. Trotz dieses Umstandes scheint der bosnische Bankenmarkt „over-banked“, zugleich aber auch „underserved“ zu sein. So ist angesichts der großen Zahl kleinerer Kreditinstitute mit hauptsächlich regionaler Ausrichtung und marginalen Marktanteilen mit einem anhaltenden Konsolidierungsprozess durch Fusionen und Übernahmen zu rechnen. Zudem sind zahlreiche ausländische Kreditinstitute doppelt bis vierfach am bosnischen Bankenmarkt vertreten, was für die kommenden Jahren ebenfalls weitere Bankenzusammenschlüsse erwarten lässt.

Marktführer in Bosnien war zu Jahresmitte 2005 gemessen an der aggregierten Bilanzsumme des Bankensektors (FBiH und RS) mit einem Marktanteil von 21,5 % die österreichische Raiffeisen Banka. Mit etwas Abstand folgten an zweiter und dritter Stelle die UniCredit Zagrebacka Banka (14 %) und die Hypo-Alpe-Adria Banka dd

Mostar mit 10,9 %. Als viertstärkste Kraft am bosnischen Bankenmarkt etablierte sich die HVB Central Profit Banka (8,5 %), eine Tochtergesellschaft der Bank Austria Creditanstalt (BA-CA). In die Top-5 schaffte es noch die größte Bank der serbischen Teilrepublik, die Hypo-Alpe-Adria Banka ad Banja Luka mit einem Marktanteil von 6,9 %. Die Marktstruktur ist von hohem Konzentrationsgrad geprägt. Der Marktanteil der fünf größten Kreditinstitute belief sich Ende Juni 2005 gemessen an der Bilanzsumme auf 61,7 %, jener der zehn größten auf knapp 80 %.

Infolge der mit der politischen und ökonomischen Unsicherheit assoziierten Risiken und der eingangs ablehnenden Haltung gegenüber ausländischen Investoren hielt sich das Engagement von Auslandsbanken am bosnischen Bankenmarkt lange Zeit in Grenzen. Zum verstärkten Marktzutritt von ausländischen Kreditinstituten kam es erst in den Jahren 1999 und 2000, als die Zagrebacka Banka und die Raiffeisen Zentralbank Mehrheitsbeteiligungen an der Hrvatska Banka dd Mostar bzw. der Market Banka dd Sarajevo erwarben. Fünf Jahre später nahmen ausländische Banken bereits eine dominierende Rolle am bosnischen Bankenmarkt ein. Ende September 2005 kontrollierten ausländische Investoren bereits 71 % des Kapitals des Bankensektors. 15 % des Kapitals wurden von privaten heimischen Investoren gehalten, 14 % entfielen auf den Staat. Angesichts des vermehrten Marktzutritts ausländischer Banken dürfte der Marktanteil des Staates und privater heimischer Investoren in den kommenden Jahren weiter

sinken. So erwarb die slowenische Nova Ljubljanska Banka in der Republika Srpska im August 2005 92,4 % der Razvojna Banka und kurz darauf 81 % an der Tuzlanska Banka in FBiH. Im Dezember 2005 kaufte die BA-CA ein 83,3-prozentiges Aktienpaket an der Nova Banjalucka Banka. Im Februar 2006 sicherte sich schließlich die italienische Banca Intesa weitere 46 % an der UPI Banka in der Föderation BiH, womit sie zum Mehrheits-eigentümer (81 %) der Bank avancierte.

Profitabilität und Effizienz des Bankensektors

Der bosnische Bankenmarkt legte in den vergangenen Jahren eine überaus dynamische Entwicklung an den Tag, die auch an der zunehmenden Monetarisierung der Wirtschaft abzulesen war. So kletterte der Grad der Finanzintermediation von 44,4 % des BIP im Jahre 2000 auf 84,3 % des BIP Ende 2005, womit Bosnien nach Kroatien den zweithöchsten Monetarisierungsgrad in Südosteuropa aufwies.

In den vergangenen Jahren führten der sich zunehmend verschärfende Wettbewerbsdruck, das günstige Zinsumfeld und die Überliquidität des Bankenmarktes zu einer eindrucksvollen Belebung des Kreditgeschäfts, als Folge dessen die Kredite an den Privatsektor im Verhältnis zum BIP von 30,9 % im Jahre 2000 auf 52,6 % zu Jahresende 2005 kletterten. Ausschlaggebend dafür war die hohe Dynamik des lukrativen Retail-Bereichs, wenn auch ausgehend von einer niedrigen Basis. Die Kredite an Haushalte haben sich in absoluten Zahlen seit 2000 mehr als verachtfacht, im Verhältnis zum BIP kletterten

sie von 4,4 % 2000 auf 24,5 % Ende 2005. Etwas verhaltener entwickelte sich hingegen die Unternehmensfinanzierung. Die Unternehmenskredite lagen im Verhältnis zum BIP nur geringfügig über ihrem Niveau aus dem Jahr 2000.

Der Anteil notleidender Aktiva an den gesamten klassifizierten Aktiva war mit 3,1 % Ende September 2005 relativ niedrig. Zurückzuführen ist dies nicht nur auf die steigende Effizienz der Kreditwürdigkeitsprüfung, sondern auch auf den gegenwärtig beobachtbaren Kreditboom bzw. die damit verbundene hohe Dynamik des Neugeschäfts. Die größte Herausforderung für die Aufsichtsbehörden ist daher die Vertiefung der Finanzintermediation bei gleichzeitiger Wahrung der Stabilität des Bankensektors. Um der weiteren Passivierung der Leistungsbilanz und einer möglichen Verschlechterung des Kreditportfolios der Banken entgegenzuwirken, leitete die Bosnische Zentralbank bereits restriktive Korrekturmaßnahmen in die Wege. So hob sie mit 1. Dezember 2005 den Mindestreservesatz von 10 % auf 15 % an.

Ebenso dynamisch wie das Kreditgeschäft entwickelte sich seit 2000 auch das Einlagengeschäft der Banken. So erreichten die Einlagen des Privatsektors 39 % des BIP Ende 2005, nach nur 15,7 % im Jahre 2000. Ausschlaggebend dafür waren nicht nur das mit dem vermehrten Marktzutritt ausländischer Kreditinstitute gleichsam steigende Vertrauen der Bevölkerung in das Bankensystem, sondern auch die Einführung des Euro in der Eurozone und die damit verbundene Notwendigkeit, die D-Mark-Ersparnisse in Euro zu konvertieren.

Der Solvabilitätskoeffizient erreichte 2000 dank der risikoaversen Geschäftspolitik der Banken in einem mit hoher Unsicherheit behafteten wirtschaftspolitischen Umfeld knapp 30 %. Der Kreditboom der vergangenen Jahre zwang jedoch die Kreditinstitute sich von der unverhältnismäßig hohen Kasenhaltung zu distanzieren, was sich auch in einer graduellen Abnahme des Solvabilitätskoeffizienten auf 17,7 % Ende September 2005 äußerte. Trotz der fallenden Tendenz liegt dieser nach wie vor deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen 12 %, was auf eine adäquate Kapitalisierung des Bankenmarktes schließen lässt.

Nach mehreren verlustträchtigen Jahren schrieb der Bankenmarkt im Jahre 2002 wieder schwarze Zahlen. Seither ist die Profitabilität dank des boomenden Kreditgeschäfts kontinuierlich gestiegen. So erreichte die Gesamtkapitalrentabilität (ROA) 1,1 % Ende September 2005 und die Eigenkapitalrentabilität (ROE) fiel zum selben Zeitpunkt mit 10,7 % erstmals zweistellig aus. Die mit dem Markteintritt ausländischer Banken einhergehende höhere operative Effizienz, die fusionsbedingt steigenden

Skalenerträge und die anhaltend starke Kreditnachfrage lassen für die kommenden Jahre allesamt eine hohe Profitabilität des Bankensektors erwarten.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen

Oberstes geldpolitisches Organ in Bosnien ist seit 11. August 1997 die Bosnisch-Herzegowinische Zentralbank (CBBH). Ihre Hauptaufgabe liegt in der Durchführung der Geldpolitik im Rahmen des Currency Board-Systems. Überdies ist sie für die Sicherung des reibungslosen Funktionierens des Zahlungssystems verantwortlich und koordiniert die Aktivitäten der beiden auf Entitätenebene operierenden Bankengruppen.

Getreu der politischen Gegebenheiten wurde als Folge der Gründung der CBBH in beiden Teilrepubliken eine Bankagentur ins Leben gerufen, die zahlreiche Agenden der früheren Entitäts-Zentralbanken übernahm, insbesondere auf dem Gebiet der Bankenregulierung, -lizenzierung und -aufsicht. Obwohl die Regulierung der Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute je nach Sitz entsprechend der Bankgesetzgebung der jeweiligen

Entität erfolgt, sind die meisten Rechtsnormen weitestgehend harmonisiert.

Dementsprechend schreiben die geltenden Rechtsgrundlagen bei der Gründung eines Kreditinstitutes in beiden Teilrepubliken eine Mindestkapitalausstattung in der Höhe von 15 Mio. BAM (7,7 Mio. EUR) vor, was deutlich über dem EU-Standard von 5 Mio. EUR liegt. Um eine adäquate Kapitalisierung sicherzustellen, haben die Kreditinstitute zudem für einen Solvabilitätskoeffizienten von 12 % Sorge zu tragen, der entsprechend der mit dem bosnischen Bankenmarkt assoziierten höheren Risiken ebenfalls erheblich höher ist, als die Empfehlung des Basler Ausschusses von 8 %.

Im Sinne einer risiko-adäquaten Portfoliostreuung haben Kreditinstitute auch zahlreichen Diversifikationsvorschriften Folge zu leisten. So sind Großkredite im Einzelfall mit 40 % des Kernkapitals einer Bank limitiert, auf aggregierter Basis mit 300 %. Organkredite dürfen im Einzelfall 1 %, in Summe 10 % des Kernkapitals einer Bank nicht übersteigen. Um das aus direkten/indirekten Unternehmensbeteiligungen erwachsende Risikopotenzial

zu begrenzen, sind Beteiligungen an Nichtbanken auf Individualbasis mit bis zu maximal 15 % des Kernkapitals einer Bank (50 % als Summe aller Beteiligungen an Nichtbanken) erlaubt. Um schließlich Fremdwährungsrisiken in Zaum zu halten, sehen die Vorschriften hinsichtlich offener Währungspositionen in einer Fremdwährung eine Höchstgrenze von 20 % des Kernkapitals einer Bank (Summe aller Fremdwährungen: 30 %) vor. Zur Ermittlung ihrer Risikoposition haben Banken ihre Aktiva in fünf Kategorien einzustufen. Die Klassifizierungsvorschriften schreiben je nach der Bonität des Kreditnehmers und der Dauer der Überfälligkeit der Forderung die Kategorien standard (A), besonders erwähnt (B), substandard (C), zweifelhaft (D) und uneinbringlich (E) vor. Je nach Kategorie haben dann die Banken Risikovorsorge in der Höhe von 2 %, 5–15 %, 16–40 %, 41–60 % und 100 % zu treffen.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in das Bankensystem zu erhöhen und die Ersparnis mobilisierung seitens der Kreditinstitute zu erleichtern, wurde im Jahre 2001 sowohl in der FBiH als auch in der RS ein Einlagensiche-

(Tabelle 2)

Die größten Kreditinstitute in der Republika Srpska per 30. Juni 2005

Bank	Kapitaleigner	Bilanzsumme (EUR Mio.)	Marktanteil (%)
1 Hypo Alpe-Adria-Bank a. d. Banja Luka	Hypo Alpe-Adria-Bank AG (100 %)	358,0	35,7
2 Razvojna Banka Jugoistocne Evrope a. d. Banja Luka	Nova Ljubljanska Banka (92,4 %)	156,2	15,6
3 Nova Banjalucka Banka a. d. Banja Luka	Bank Austria Creditanstalt (83,3 %)	125,2	12,5
4 Nova Banka a. d. Bijeljina	n. v.	109,1	10,9
5 Zepter Komerc Banka a. d. Banja Luka	Zepter International (100 %)	94,5	9,4
6 LHB Banka a. d. Banja Luka	LHB Internationale Handelsbank (63,7 %)	74,1	7,4
7 Balkan Investment Bank a. d. Banja Luka	Ukio Bankas (49,0 %), Ukio Banko Investicine Grupe (51,0 %)	32,3	3,2
8 Pavlovic International Bank a. d. Bijeljina	n. v.	31,7	3,2
9 Bobar Banka a. d. Bijeljina	Bobar Group (100 %)	22,6	2,3

Quelle: BARS, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

rungssystem ins Leben gerufen. Um die Nachteile eines dualen Einlagensicherungssystems zu vermeiden, wurden die beiden Einlagensicherungsfonds 2002 allerdings zu einer gemeinsamen Einlagensicherungsagentur (DIA) zusammengeführt, die nun auf gesamtstaatlicher Ebene agiert. Die DIA nahm ihre Geschäftstätigkeit mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung internationaler Organisationen im Oktober 2002 auf. Die Mitgliedschaft im Einlagensicherungssystem setzt die Erfüllung zweier Kriterien voraus. Zum einen müssen die Banken die in den Bankgesetzen festgehaltenen Mindeststandards in allen Belangen erfüllen. Zum anderen müssen sie zumindest zu 90 % in privatem Eigentum sein. Ende

September 2005 waren insgesamt 22 Kreditinstitute (15 aus FBiH und 7 aus RS) Mitglieder des Einlagensicherungssystems. Ursprünglich wurde der Mindestdeckungsgrad bei 5.000 BAM festgesetzt. Der wurde zwar im Februar 2005 auf 7.500 BAM (3.800 EUR) angehoben, liegt aber dennoch deutlich unter dem EU-Standard von 20.000 EUR. Die Finanzierung des Einlagensicherungssystems erfolgt mittels Prämien der Kreditinstitute in der Höhe von 0,3 % der gesicherten Einlagen auf Jahresbasis.

Fazit

Angesichts der politischen Gegebenheiten war die Bankenreform in Bosnien ein langwieriger Prozess, der erst mit der monetären Stabilisierung auf Basis des rigi-

den Currency-Board-Regimes und der damit einhergehenden Wechselkurs- und Preisstabilität an Schwung gewann. Beide Teilrepubliken verfolgten in der Folge mehr oder minder ähnliche Reformszenarien und schufen mit den Ende der Neunziger Jahre initiierten Reformmaßnahmen eine solide Basis für eine dynamische Weiterentwicklung des Bankensektors. Das vermehrte Engagement von Auslandsbanken hat sowohl zur weiteren Stabilisierung des Bankenmarktes beigetragen, als auch einen wichtigen Beitrag bei der Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in den Bankenmarkt geleistet. Der mit ihrem Markteintritt einhergehende beschleunigte Konsolidierungsprozess spiegelt

sich auch in der höheren Effizienz und Profitabilität des Bankenmarktes wider.

Angesichts der hohen Dynamik des Kreditgeschäfts stellt der Balanceakt zwischen der Vertiefung der Finanzintermediation einerseits und der Wahrung der bis dato erzielten Stabilität (sowohl auf der makro- als auch auf der kreditwirtschaftlichen Ebene) andererseits gegenwärtig die größte Herausforderung dar. Weitere Anstrengungen sind überdies auch im Hinblick auf die Annäherung an BIZ- und EU-Standards erforderlich. Die Bankenreform muss gleichzeitig von einer Reform des Unternehmenssektors begleitet werden, was im Sinne der Schaffung einer soliden Geschäftsgrundlage der Banken unerlässlich ist. ■

(Tabelle 3)

Der bosnisch-herzegowinische Bankenmarkt im Überblick (1997 – 2005)

Indikator	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁵
Anzahl der Banken	76	72	61	55	48	40	37	33	33
Anzahl der Bankmitarbeiter	n.v.	n.v.	n.v.	6.986	7.315	7.519	7.623	7.839	8.239
Gesamtkapitalrentabilität (ROA) ¹	n.v.	n.v.	n.v.	-1,5	-0,6	0,4	0,8	0,6	1,1
Eigenkapitalrentabilität (ROE) ¹	n.v.	n.v.	n.v.	-5,8	-4,2	2,9	6,9	6,0	10,7
Solvabilitätskoeffizient (%)	n.v.	n.v.	n.v.	28,4	25,1	20,5	20,3	18,2	17,7
Notleidende Aktiva (% der klassifizierten Aktiva)	n.v.	n.v.	n.v.	10,9	8,7	6,1	4,6	3,3	3,1
Spread (Differenz zw. Kredit- und Einlagenzins)	n.v.	n.v.	n.v.	15,8	10,5	7,7	7,1	5,9	5,4 ⁶
Einlagen des Privatsektors ² (% des BIP)	14,0	16,7	16,4	15,7	25,2	25,2	27,5	34,4	39,0 ⁶
Fremdwährungseinlagen des Privatsektors (% der Einlagen des Privatsektors)	84,5	84,5	63,8	53,7	61,3	52,8	47,9	48,1	48,2
Kurzfristige³ Einlagen des Privatsektors (% der Einlagen des Privatsektors)	66,4	66,0	60,0	70,9	64,0	62,6	59,3	53,6	53,2
Kredite an den Privatsektor (% des BIP)	33,5	34,9	31,7	30,9	31,3	35,8	40,7	44,7	52,6 ⁶
Kredite an Unternehmen (% des BIP)	31,6	31,6	28,5	26,5	24,6	23,1	24,6	24,4	28,0 ⁶
Fremdwährungskredite an den Privatsektor (% der Kredite an den Privatsektor)	89,3	89,5	80,3	67,1	51,7	35,2	28,0	15,4	16,1
Kurzfristige Kredite an den Privatsektor (% der Kredite an den Privatsektor)	34,9	29,4	29,4	28,2	26,4	24,3	22,7	25,7	24,2
Kredite an den Privatsektor (% der Einlagen des Privatsektors)	239,7	208,3	193,5	196,2	124,5	142,2	148,0	129,9	134,8 ⁶
Finanzintermediation (Bilanzsumme/BIP, %)	49,4	48,8	45,4	44,4	53,2	54,5	62,5	72,3	84,3 ⁶
Konzentrationsgrad (C5 – Bilanzsumme, %)	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	49,2	46,7	49,7	61,7	61,7
Marktanteil staatlicher Banken (Kapital, %) – FBiH (RS) ⁴	n.v.	n.v.	n.v. (78,2)	42,9 (60,1)	14,4 (31,5)	12,8 (1,3)	12,6 (1,3)	17,8 (1,4)	17,2 (1,4)
Marktanteil ausländischer Banken (Kapital, %) – FBiH (RS) ⁴	n.v.	n.v.	n.v.	26,2 (n.v.)	63,2 (33,6)	66,7 (65,0)	68,2 (73,2)	64,8 (75,4)	69,4 (77,9)

Quelle: CBBH, FBA, BARS, EBRD, IMF, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / 1) Vor Steuern / 2) Der Privatsektor umfasst Unternehmen und Haushalte / 3) Sichteinlagen / 4) FBiH – Föderation Bosnien und Herzegowina, RS – Republika Srpska / 5) 30. September 2005 / 6) 31. Dezember 2005

Österreich

BIP / Entstehung					BIP / Verwendung				
real	2002	2003	2004	2005	real	2004	2005	2006	2007
								Prognose BA-CA	
BIP	1,0	1,4	2,4	1,9	BIP	2,4	1,9	2,4	1,8
Land- und Forstwirtschaft	-0,8	-1,8	7,7	-5,0	Privater Konsum	0,8	1,4	2,0	2,3
Sachgütererzeugung u. Bergbau	0,4	0,0	4,6	3,3	Öffentlicher Konsum	1,0	1,3	0,6	0,6
Energie- u. Wasserversorgung	12,1	0,7	2,5	6,0	Bruttoinvestitionen	1,1	1,1	1,5	3,9
Bauwesen	1,0	5,2	0,9	1,5	Ausrüstungen	0,5	0,9	4,1	3,6
Handel	2,0	0,3	1,9	0,9	Bauten	0,5	1,5	2,0	2,0
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	2,0	1,7	1,9	1,2	Exporte i.w.S	9,0	3,8	3,9	3,0
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	4,3	0,1	2,5	1,7	Waren	11,8	3,2	4,4	3,1
Kredit- u. Versicherungswesen	-7,1	5,9	4,8	3,5	Reiseverkehr	0,1	4,0	2,1	2,2
Realitätenwesen	1,9	3,2	1,3	2,8	Importe i.w.S.	6,2	1,8	3,4	4,3
Öffentliche Dienste	0,5	1,0	-0,4	-0,3	Waren	8,8	1,8	3,6	4,4
Sonstige Dienstleistungen	-0,3	0,8	1,8	1,3	Reiseverkehr	-10,9	1,7	1,8	2,1

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion* Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %	
2001	2,1	-2,9	0,4	1,5	3.148,2	0,5	6,1	2,7
2002	0,0	1,2	0,6	1,5	3.154,5	0,2	6,9	1,8
2003	2,2	11,0	1,5	0,9	3.184,1	0,9	7,0	1,3
2004	7,4	2,8	2,4	-0,5	3.199,0	0,5	7,1	2,1
2005	4,8		2,2	1,6	3.234,6	1,1	7,2	2,3
Mai 05	5,8	4,7	4,3	5,3	3.232,9	1,1	6,5	2,3
Juni 05	4,9	9,9	2,4	-6,6	3.260,6	1,0	6,1	2,3
Juli 05	4,7	-0,3	-1,0	1,5	3.331,2	1,0	6,0	2,2
Aug. 05	4,0	5,9	6,3	-2,4	3.314,4	1,0	6,2	2,0
Sept. 05	3,3	2,0	1,8	-1,4	3.281,6	1,0	6,3	2,4
Okt. 05	4,5	8,4	2,0	5,1	3.266,2	1,2	6,8	2,0
Nov. 05	6,1	-3,6	2,8	1,4	3.245,1	1,3	7,3	1,6
Dez. 05	4,9		3,7	4,8	3.208,2	1,3	8,7	1,6
Jän. 06					3.185,9	1,1	9,3	1,2
Feb 06					3.196,8	1,4	8,9	1,2

*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... / Euro		
	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				3,7	3,2	3,0			
Euroland	2,7	2,6	2,6	3,7	3,2	3,0			
USA	4,9	4,9	4,4	4,8	4,3	4,0	1,19	1,21	1,25
Japan	0,10	0,12	0,20	1,7	1,8	2,0	141,0	137,0	131,0
UK	4,6	4,3	4,4	4,3	4,1	3,7	0,69	0,71	0,71
Schweiz	1,2	1,5	1,5	2,4	2,2	2,1	1,57	1,53	1,52

Quelle: Statistik Austria, WIFO, BA-CA Konzernvolkswirtschaft, HVB Research

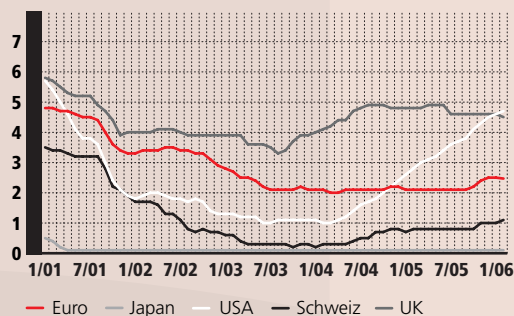
International

	BIP						VPI*					
	(real, Vdg. in %)						(in %)					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Österreich	1,0	1,4	2,4	1,9	2,4	1,8	-2,0	1,3	2,0	2,1	1,4	1,8
Deutschland	0,2	-0,1	1,6	0,9	1,4	0,6	1,3	1,0	1,7	2,0	1,9	2,5
Frankreich	1,2	0,5	2,1	1,5	1,5	1,6	1,9	2,2	2,3	1,6	1,7	1,6
Italien	0,4	0,4	1,0	0,0	1,1	1,1	2,6	2,8	2,3	2,0	2,1	1,9
Euroland	0,9	0,5	1,8	1,4	1,7	1,3	2,3	2,1	2,1	2,2	2,0	1,9
USA	2,2	3,0	4,2	3,5	2,9	2,7	1,6	2,3	2,7	3,4	3,0	2,3
Japan	-0,3	1,4	2,3	2,8	2,6	2,2	-0,9	-0,3	0,0	-0,3	0,1	0,8
UK	1,7	2,2	3,2	1,8	2,1	2,3	1,3	1,4	1,4	2,1	2,0	2,0
Schweiz	0,3	-0,3	2,1	1,9	2,1	2,0	0,6	0,6	0,8	1,2	1,0	1,3

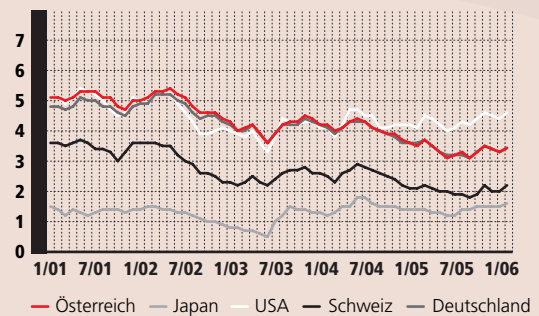
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	(in % des BIP)						(in % des BIP)					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Österreich	-0,4	-1,2	-1,0	-1,7	-1,8	-1,5	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-3,5	-3,8	-3,7	-3,5	-3,3	-2,5	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-3,2	-4,2	-3,6	-3,3	-3,0	-2,6	-	-	-	-	-	-
Italien	-2,3	-2,9	-3,4	-4,1	-3,5	-2,8	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,3	-2,8	-2,7	-2,5	-2,3	-1,8	0,9	0,3	0,6	0,5	0,5	0,5
USA	-3,4	-3,5	-3,6	-2,6	-2,8	-2,7	-4,6	-4,8	-5,7	-6,5	-6,6	-6,6
Japan	-8,0	-7,7	-6,1	-6,0	-6,0	-5,9	2,8	3,2	3,8	3,5	3,3	3,4
UK	-1,6	-3,2	-3,2	-3,1	-3,0	-3,0	-1,7	-1,9	-2,0	-1,9	-2,1	-2,3
Schweiz	-0,5	-1,1	-2,1	-1,5	-1,1	-0,7	8,7	13,2	14,6	13,2	13,5	13,6

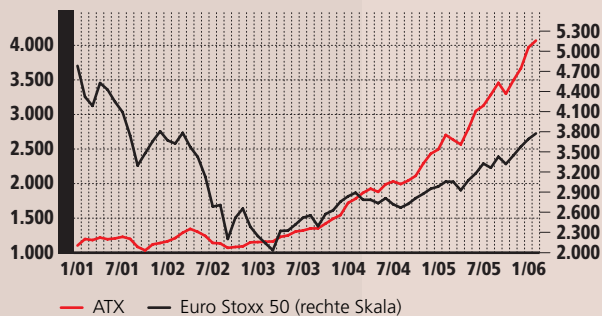
3-Monatsgeld



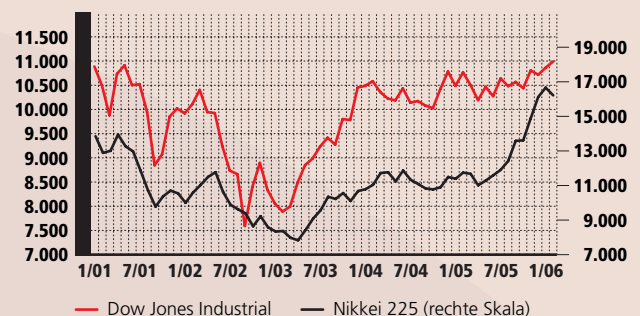
Sekundärmarktrendite



ATX / Euro Stoxx



Dow Jones / Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, BA-CA Konzernvolkswirtschaft, HVB Research

Osteuropa

	BIP						Industrieproduktion					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	2003	2004	2005	Prognose		1989 = 100	2003	2004	2005	Prognose		1989 = 100
			2006	2007	2005				2006	2007	2005	
Bulgarien	4,5	5,6	5,3	5,5	5,5	93	14,1	17,7	6,7	14,1	11,3	84
Kroatien	4,3	3,8	4,0	3,8	4,0	98	4,1	3,7	5,1	4,6	5,1	72
Polen	3,8	5,3	3,2	4,5	4,7	146	8,4	12,6	4,0	8,5	7,3	167
Rumänien	5,2	8,4	4,1	6,0	5,5	105	3,1	5,3	2,0	6,0	5,0	62
Russland	7,3	7,2	6,4	5,8	5,2	88	7,0	7,3	4,3	5,3	5,6	63
Slowakei	4,5	5,5	5,6	5,9	6,0	128	5,0	4,2	3,4	5,7	5,8	117
Slowenien	2,7	4,2	3,9	4,0	4,0	135	1,4	5,5	3,1	4,4	3,8	94
Tschechien	3,2	4,7	4,9	4,4	4,1	116	5,8	9,8	6,0	5,9	4,8	113
Ukraine	9,4	12,1	2,4	3,1	4,1	60	15,7	12,5	3,0	6,0	7,8	93
Ungarn	3,4	4,6	4,1	4,1	3,9	127	6,4	8,3	7,3	8,1	6,7	179

	Privater Konsum						Bruttoanlageinvestitionen					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Bulgarien	3,4	7,1	4,8	7,5	5,5	5,0	8,5	13,9	12,0	16,5	14,0	12,5
Kroatien	6,6	4,1	3,9	3,5	3,4	3,7	10,1	16,8	4,4	3,9	4,5	5,2
Polen	3,3	1,9	4,0	2,3	3,9	3,9	-6,8	-0,1	6,3	6,2	8,1	9,4
Rumänien	4,8	7,2	10,8	10,0	8,5	7,0	8,2	9,1	10,1	13,0	13,5	12,0
Russland	8,6	7,5	10,7	11,1	9,7	6,5	3,0	12,8	10,8	10,5	10,8	11,8
Slowakei	5,5	-0,6	3,5	5,9	6,2	6,0	-0,6	-1,5	2,5	11,1	11,6	10,3
Slowenien	1,3	3,5	3,3	3,4	3,1	3,1	0,9	7,1	5,9	3,7	4,2	4,9
Tschechien	2,7	4,6	3,3	2,7	3,1	3,6	3,4	4,7	7,6	3,5	3,3	5,0
Ukraine	4,5	12,4	16,3	16,8	6,5	3,0	6,0	15,8	10,2	-3,3	1,4	7,4
Ungarn	10,8	8,5	3,2	2,4	3,6	2,9	9,3	2,5	8,4	6,4	6,7	6,5

	VPI						Arbeitslosenquote					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Bulgarien	5,8	2,3	6,2	5,0	6,0	4,2	17,4	14,3	12,7	11,5	10,5	10,0
Kroatien	2,2	1,8	2,1	3,3	3,0	2,7	22,5	19,5	18,2	18,0	17,8	17,3
Polen	1,9	0,8	3,5	2,1	1,5	2,5	20,0	20,0	19,1	18,2	17,4	16,6
Rumänien	22,5	15,3	11,9	9,0	7,5	6,5	10,2	7,6	6,8	5,8	5,5	5,3
Russland	15,8	13,6	10,9	12,7	9,5	7,8	8,0	8,4	8,2	7,6	7,3	6,9
Slowakei	3,3	8,5	7,5	2,7	3,7	2,7	17,8	15,2	14,3	11,6	10,4	9,6
Slowenien	7,5	5,6	3,6	2,5	2,4	2,5	6,3	6,7	6,3	6,6	6,4	6,3
Tschechien	1,8	0,1	2,8	1,9	2,7	2,8	9,2	9,9	9,8	8,9	8,5	8,2
Ukraine	0,8	5,2	9,0	13,5	12,6	11,3	10,1	9,1	7,8	7,5	9,0	10,0
Ungarn	5,3	4,7	6,8	3,6	1,7	2,7	5,8	5,9	6,1	7,2	7,1	6,8

Quelle: Nationale Statistiken, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Bulgarien	-0,6	0,0	1,7	2,3	2,5	2,0	-5,6	-9,2	-5,8	-11,8	-13,3	-12,1
Kroatien	-5,2	-6,3	-4,9	-4,5	-3,9	-3,5	-8,4	-7,3	-5,2	-6,7	-6,4	-6,2
Polen	-3,3	-4,8	-3,9	-3,8	-4,2	-5,1	-2,6	-2,1	-4,1	-1,6	-1,7	-2,7
Rumänien	-2,5	-2,3	-1,2	-0,8	-0,5	-1,0	-3,4	-6,0	-8,7	-8,7	-9,7	-8,9
Russland	1,0	1,4	4,5	7,0	5,0	3,0	8,4	8,3	10,3	10,9	9,4	7,0
Slowakei	-7,8	-3,8	-3,1	-4,3	-3,5	-3,0	-8,0	-0,8	-3,5	-5,3	-4,8	-2,5
Slowenien	-2,7	-2,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,5	1,5	-0,4	-2,1	-0,9	-0,2	-0,5
Tschechien	-6,8	-12,5	-3,0	-2,8	-4,0	-4,0	-5,7	-6,3	-5,2	-2,7	-2,6	-2,3
Ukraine	0,2	0,1	-3,1	-1,9	-4,5	-3,0	7,7	5,9	10,4	2,6	-1,7	-2,5
Ungarn	-8,4	-6,4	-5,4	-6,1	-5,3	-4,0	-7,1	-8,7	-8,8	-7,5	-7,8	-7,4

	FDI-Zufluss						Auslandsverschuldung					
	<i>(in Mio. Euro)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	2002	2003	2004	2005	Prognose		2002	2003	2004	2005	Prognose	
				2006	2007					2006	2007	
Bulgarien	951	1.827	1.797	1.604	2.200	2.200	65,1	60,2	64,4	66,7	66,6	67,0
Kroatien	1.195	1.788	979	1.500	1.800	1.200	68,7	85,9	89,9	85,0	83,3	82,8
Polen	4.371	3.660	10.070	6.917	6.910	7.400	38,7	43,7	46,2	44,0	41,0	42,1
Rumänien	1.194	1.910	5.127	5.208	8.000	5.000	33,4	35,2	36,9	38,5	38,8	40,7
Russland	3.658	7.026	9.380	17.810	10.950	9.300	44,3	41,9	35,4	31,3	27,0	24,0
Slowakei	4.258	512	1.014	1.671	2.470	3.000	51,2	53,4	55,0	61,5	59,4	57,5
Slowenien	1.538	-118	221	-45	150	400	48,5	52,2	58,7	71,3	73,8	77,4
Tschechien	9.090	1.875	3.594	8.727	6.400	7.400	32,0	34,3	38,3	41,4	41,1	40,8
Ukraine	732	1.257	1.378	6.423	3.800	4.600	52,4	48,2	47,0	47,7	44,9	45,4
Ungarn	2.670	-11	3.298	3.000	4.000	3.000	56,0	63,2	70,1	71,1	74,4	75,7

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... / Euro		
	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.3. 2006	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	4,1	3,7	4,1	4,8	4,2	4,4	3,9	3,7	4,0
Slowakei	3,6	3,8	4,0	3,5	4,0	3,9	37,6	37,5	36,5
Tschechien	2,1	2,1	2,7	3,6	3,4	3,6	28,8	29,0	28,5
Ungarn	6,3	6,3	5,8	6,9	7,0	5,9	259	260	257

Quelle: Nationale Statistiken, BA-CA Konzernvolkswirtschaft